NAZIS HASSEN DIESE TRICKS

20 ÜBERLEGUNGEN ZUM VORGEHEN GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20

ÜBERLEGUNGEN ZUM VORGEHEN GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

NAZIS HASSEN DIESE TRICKS

1
ANTIFASCHISMUS

2
ORGANISIERUNG

3
BÜNDNISARBEIT

4
PROGRESSIVE ALLIANZEN

5
EMOTIONEN & PLANUNG

6
SOLIDE FINANZEN

7
SICHERHEIT

8
BILDUNG

9
DOKUMENTATIONS- & RECHERCHEARBEIT

10
ÖFFENTLICHKEITS-ARBEIT

11
MIT RECHTEN REDEN?

12
DIE PLATTFORM NEHMEN

13
GEGENPROTEST

14
POLIZEI & JUSTIZ?

15
ERINNERUNGS- & GEDENKKULTUR

16
SOLIDARITÄT

17
KULTUR

18
VEREINE & VERBÄNDE

19
POLITIK & VERWALTUNG

20
SOLIDARITÄT STATT KONKURRENZ

NAZIS HASSEN DIESE TRICKS

Liebe Kolleg*innen,
liebe Antifaschist*innen,

es freut uns sehr, dass ihr unsere Broschüre aufgeschlagen habt. Der Inhalt ist nicht nur für Menschen interessant, die gegen Rechtsextremismus aktiv werden möchten, sondern auch für jene, die sich schon jahrelang antifaschistisch engagieren. Mit den folgenden 20 Überlegungen zum Vorgehen gegen Rechtsextremismus wollen wir effektive Handlungsstrategien zugänglich machen und Reflexionsprozesse anregen. Unser Ziel ist die Stärkung einer aktiven antifaschistischen Zivilgesellschaft. Denn Antifaschismus gehört für uns als Gewerkschaften zur politischen DNA. Das hat zum einen historische Gründe: Tausende Gewerkschafter*innen wurden von den Nazis in die Konzentrationslager gesperrt, gefoltert und ermordet. Die Gewerkschaften im DGB fühlen sich den Worten Wilhelm Leuschners verpflichtet: „Schafft mir die Einheit!“ Der Sozialdemokrat, Gewerkschafter und Widerstandskämpfer soll die Forderung seinen Mithäftlingen vor seiner Ermordung durch die Nazis zugerufen haben. Damit war eine Einheitsgewerkschaft anstelle von Richtungsgewerkschaften entlang politischer oder weltanschaulicher Lager gemeint, denn die fehlende Einheit hat die Gewerkschaftsbewegung im Kampf gegen den Nationalsozialismus erheblich geschwächt. Die Forderung nach dem Zusammenstehen aller Antifaschist*innen gegen Bedrohungen von rechts ist zeitlos gültig, hierzulande und international.

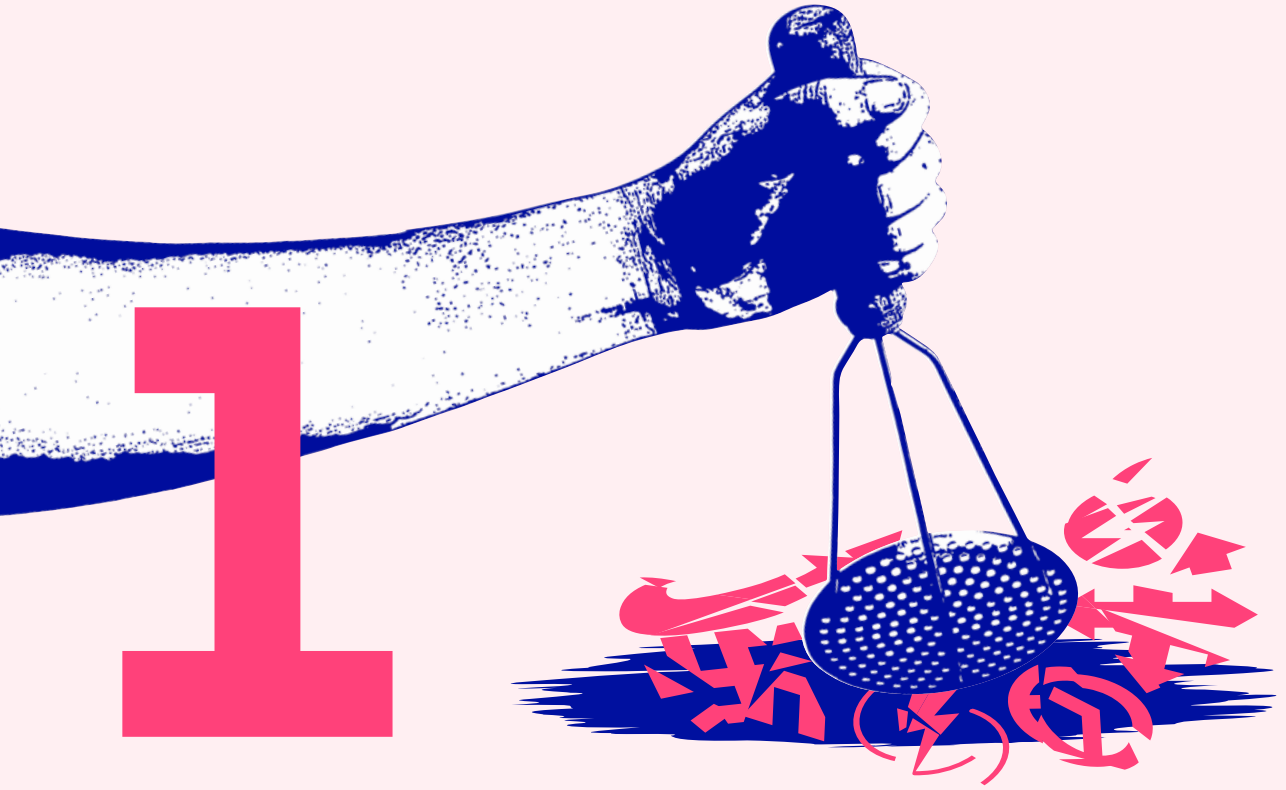
Rechtsextreme stehen unseren zentralen gewerkschaftlichen Werten diametral entgegen: Wir arbeiten gemeinsam mit unseren Kolleg*innen in den Betrieben alltäglich an einer Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten. Herkunft, Nationalität, Hautfarbe, Religion, Geschlecht, sexuelle Identität und Orientierung, Behinderungen usw. spielen dabei für uns nur insofern eine Rolle, als dass wir von Diskriminierung betroffenen Kolleg*innen solidarisch zur Seite stehen. Wir lassen uns nicht spalten, sondern organisieren uns gemeinsam und solidarisch für eine bessere Zukunft. Rechtsextreme greifen uns dafür immer wieder an und fordern teilweise sogar ein Verbot von Gewerkschaften. Wo die Rechte von Arbeitnehmer*innen eingeschränkt werden sollen, ist die Demokratie in Gefahr. Als größte antifaschistische und demokratische Organisationen in Deutschland stellen wir Gewerkschaften uns dem Rechtsextremismus deshalb entschlossen entgegen – im Betrieb aber auch darüber hinaus. Wir arbeiten in vielen antifaschistischen Bündnissen mit und wissen, dass es ohne das ehrenamtliche Engagement häufig düster aussehen würde. Wir danken deshalb allen, die sich Tag für Tag den Rechtsextremen in den Weg stellen. Jede*r Einzelne von uns kann dafür sorgen, dass wir Eine*r mehr sind. Stell dich fünf Minuten dazu, wenn Antifaschist*innen gegen rechtsextreme Gruppen und Parteien demonstrieren, widerspreche, wenn Kolleg*innen rassistisches Gedankengut äußern und solidarisiere dich mit Menschen, die von Rechtsextremen bedroht werden. Wenn du darüber hinaus aktiv werden möchtest, bietet dir die Broschüre viele Anregungen.

Die „Tricks“ in der vorliegenden Broschüre basieren auf der langjährigen Erfahrung von vielen aktiven Antifaschist*innen, es handelt sich dabei also um kollektives Bewegungswissen. Wir hoffen, mit der Verbreitung zur Diskussion und Erweiterung dieser Wissensbestände beitragen zu können. Ganz explizit danken möchten wir der Partnerschaft für Demokratie Straubing für die Unterstützung bei der Veröffentlichung dieser Broschüre, die in dieser Form sonst nicht möglich gewesen wäre.

DGB Jugend Niederbayern

ANTIFASCHISMUS

Der ehemalige US-Präsident Donald Trump wollte sie als Terrororganisation einstufen, die AfD und der mittlerweile ganz weit rechts angekommene ehemalige Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen fordern ein Verbot und so manchem Bürgermeister bereitet sie bei Neonazikundgebungen in der eigenen Stadt mehr Kopfzerbrechen, als die Neonazis selbst: „Die Antifa“. In vielen Fällen ist die Motivation relativ klar: Die extreme Rechte und ihre Unterstützer*innen arbeiten an der Dämonisierung und Delegitimierung derjenigen, die sich ihnen wieder und wieder in den Weg stellen. Teils führen aber auch Zerrbilder zu einer gewissen Unsicherheit im Umgang.



„Die Antifa“ als einheitliche Organisation gibt es nicht, vielmehr ist die antifaschistische Bewegung politisch und organisatorisch sehr vielfältig. Als Selbstbezeichnung wird die Kurzform Antifa dabei meist von linken, häufig jüngeren Antifaschist*innen genutzt. Sie beschränken ihre Ablehnung nicht auf den organisierten Rechtsextremismus, sondern kritisieren allgemein Ideologien und Praktiken der Ungleichwertigkeit. Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus usw. betrachten sie dabei als gesamtgesellschaftliche Probleme. Die Entstehung dieser Phänomene bringen sie zudem meist mit der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Verbindung. Wegen dieser sehr grundlegenden Gesellschaftskritik haben Antifagruppen nicht nur Fans. Das wird durch die nicht selten radikale Inszenierung noch verstärkt: Zugespitzte Slogans auf Stickern, Flyern und Transparenten, schwarze Kleidung und lautstarke Parolen bei Protesten sowie teilweise ein Kokettieren mit Militanz. Das Zerrbild von Steine schmeißenden Chaot*innen, die schon vor dem Frühstück Autos anzünden, hat mit der Realität jedoch wenig zu tun. Für die meisten Antifagruppen spielt Gewalt jenseits von Selbstverteidigung oder zum Schutz von Betroffenen rechter Angriffe kaum eine Rolle. Gleichwohl wird teilweise mit dem militanten Image gespielt, um Aufmerksamkeit zu erzeugen und den politischen Gegner einzuschüchtern. In der Praxis dominieren allerdings meist Themen wie die Dokumentation extrem rechter Aktivitäten, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, kulturelle Veranstaltungen und nicht zuletzt Proteste auf der Straße. Dabei ist die Akzeptanz für Regelübertretungen durchaus verbreitet, beispielsweise Blockaden rechter Aufmärsche. Gemäß dem Motto „Es kann legitim sein, was nicht legal ist“ wird immer wieder auf Aktionsformen des zivilen Ungehorsams zurückgegriffen. Einig sind sich viele Antifas auch darin, sich bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus nicht auf den Staat zu verlassen. Neben strukturellen Gründen werden hierfür oft Situationen angeführt, in denen staatliche Akteure rechtsextreme Aktivitäten nicht ausreichend ernstgenommen, sie verharmlost oder erst ermöglicht haben. Skandale wie die Rolle des Verfassungsschutzes im NSU-Komplex oder rechte Netzwerke bei der Polizei verstärken das Misstrauen zusätzlich.

Die linken, häufig jüngeren Antifagruppen sind aber nur ein Teil der antifaschistischen Bewegung. Dazu gehören auch Gewerkschaften, die VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist*innen), Erinnerungs- und Gedenkinitiativen, Jugendverbände, Bildungs- und Kulturvereine, Archive und Zeitschriften, Strukturen der Betroffenenselbstorganisation, Beratungsstellen, Teile der Parteien und ihrer Jugendorganisationen, Aktive aus den Kirchen und viele andere mehr. Bei allen Unterschieden besteht Einigkeit darin, den Einfluss des Rechtsextremismus

zurückzudrängen und demokratische und soziale Errungenschaften zu verteidigen. Der organisationsübergreifende Charakter der antifaschistischen Bewegung ist eine Lehre aus dem historischen Scheitern des Antifaschismus zur Zeit des Nationalsozialismus. Obwohl es in Deutschland eine der größten organisierten Arbeiter*innenbewegungen der Welt gab, konnte die NS-Herrschaft nicht verhindert werden. Die KPD denunzierte die SPD als „sozialfaschistisch" und propagierte realitätsferne Revolutionsvorstellungen, die SPD beschimpfte die KPD als „rotlackierte Faschisten" und hielt bis zum Schluss an ihrem legalistischen Agieren und stoischen Vertrauen in Parlamentarismus und Rechtstaatlichkeit fest. Die Gewerkschaften waren ähnlich gespalten und gelähmt. Zu einem gemeinsamen, massenhaften und entschlossenen Agieren gegen die Nazis kam es nicht. Die Arbeiter*innenparteien hatten den Charakter und das mörderische Potential des Nationalsozialismus grundlegend verkannt. Der Widerstand ihrer Anhänger*innen wird dadurch nicht entwertet, ebenso wenig jener, der aus einer christlichen oder humanistischen Überzeugung, individuellen Moralvorstellungen oder einem Akt der Selbstverteidigung bzw. -behauptung heraus geleistet wurde. Insgesamt blieb der Widerstand jedoch marginal und erfolglos. Seitens der konservativen Eliten war in der Frühphase des Nationalsozialismus ohnehin wenig zu erwarten, wurde der NSDAP die Macht doch durch Teile ebenjener Eliten in Politik und Industrie übertragen. Der Preis für das Scheitern des historischen Antifaschismus war unbeschreiblich hoch, Vergleichbares darf sich nicht wiederholen. Breite und wirkmächtige antifaschistische Bündnisse sind deshalb auch heute wichtig (▶ 3).

Der Rechtsextremismus erstarkt in den letzten Jahren weltweit. Die vielen, sich gegenseitig verstärkenden Krisen der Gegenwart könnten diese Entwicklung noch beschleunigen. Die antifaschistische Bewegung muss darauf auf verschiedenen Ebenen reagieren. Wie dies aussehen könnte, wird in der vorliegenden Broschüre verhandelt.

Hier sollen zunächst zwei zentrale Voraussetzungen formuliert werden:

Die Gefahr des Rechtsextremismus muss ernst genommen werden! Der historische Nationalsozialismus war präzedenzlos, heute können und müssen wir um die Tragweite extrem rechter Politik wissen. Die Ideologie und Praxis des Nationalsozialismus, sein Nachwirken in der postnationalsozialistischen Gesellschaft aber auch neue Ausdrucksformen des Rechtsextremismus müssen ein zentraler Punkt für die Analyse und Kritik gesellschaftlicher Verhältnisse und das politische Agieren sein.

🚩 Antifaschismus ist absolut notwendig! Auch wenn der Begriff immer wieder instrumentalisiert wurde, gilt: Meist waren und sind es Antifaschist*innen, die – neben anderen Betroffenen – die Gefahr des Rechtsextremismus am frühesten erkannten und dagegen aktiv wurden. Nicht immer hatten sie Erfolg, aber die Geschichte gab ihnen oft Recht: Den antifaschistischen Freiwilligen aus aller Welt, die im Spanischen Bürgerkrieg auf Seiten der Republik gegen Franco kämpften und versuchten, die weitere Ausbreitung des Faschismus in Europa zu stoppen. Den mehreren hunderttausend Antifaschist*innen im Londoner Eastend, die 1936 beim Battle of Cable Street einen Aufzug von tausenden FaschistInnen rund um Oswald Mosley verhinderten und dem Faschismus in Großbritannien damit einen empfindlichen Schlag versetzen. Der Volksfront aus Linken und Liberalen in Frankreich, die versuchte dem erstarkenden Faschismus etwas entgegenzusetzen und dank einer Massenbasis wichtige Sozialreformen durchsetzen konnte. Unter anderen gesellschaftlichen Rahmenbedingen gilt das auch für die jüngere Zeit: Antifaschist*innen und Überlebende waren es, die – lange gegen den herrschenden Zeitgeist der Bundesrepublik – eine Erinnerungs- und Gedenkkultur sowie Entschädigungen für die Opfer des Nationalsozialismus erstritten haben. Antifaschist*innen warnten in den frühen Neunzigerjahren vor dem sich massiv ausbreitenden, gewalttätigen Neonazismus in Deutschland und stellten sich ihm aktiv entgegen, als davon noch kaum jemand etwas hören wollte. Später erkannten Antifaschist*innen den Charakter der AfD sehr schnell und rückten die Partei in den Fokus ihrer Aktivitäten, lange bevor Behörden dies zögerlich taten.

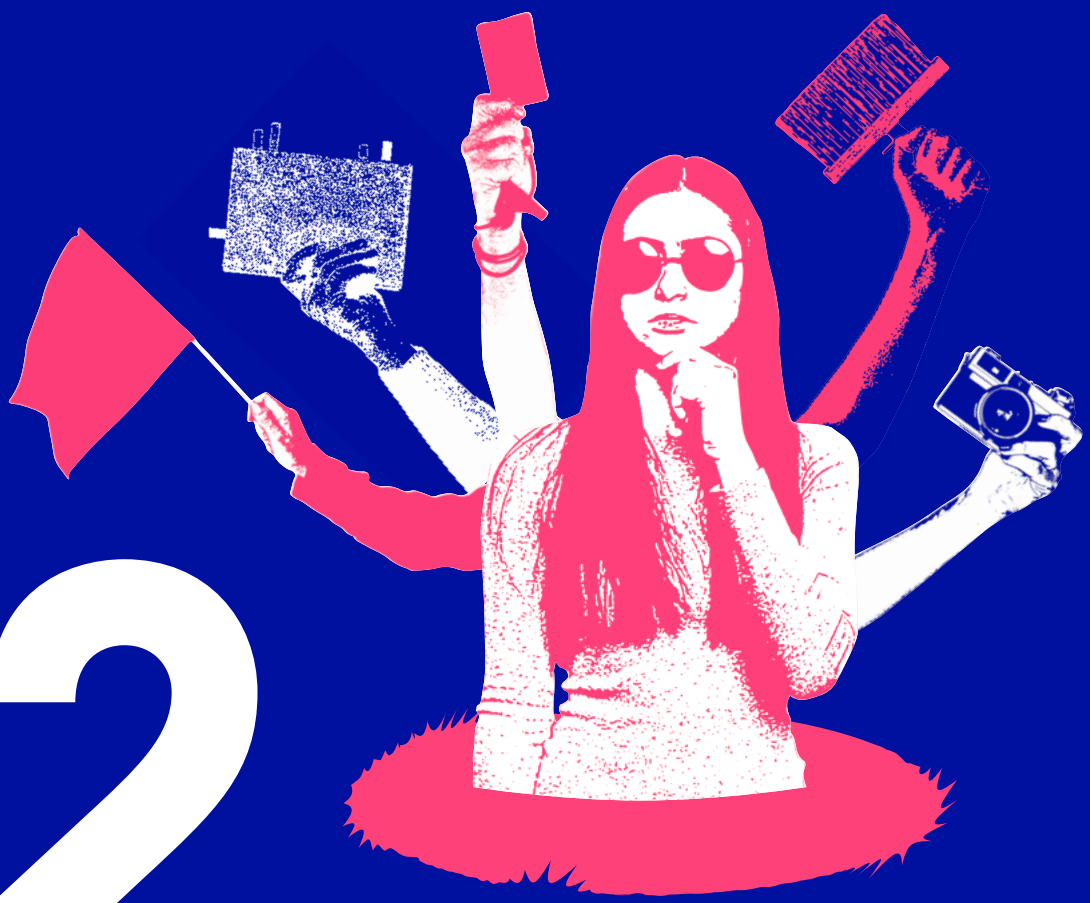
Auf den Begriff des Antifaschismus und seine Tradition sollten wir uns deshalb selbstbewusst beziehen. Seine Fehler und Niederlagen, aber auch seine Erfolge müssen wir analysieren und daraus lernen. Wir müssen den Antifaschismus popularisieren, die antifaschistische Bewegung muss wachsen. Dabei darf Antifaschismus jedoch nicht zur Floskel verkommen oder nur in Sonntagsreden bemüht werden, er muss alltägliche Praxis sein. Antifaschismus ist nicht alles, aber ohne Antifaschismus ist alles nichts. ¶

1

Antifaschismus ist nicht alles, aber ohne Antifaschismus ist alles nichts.

ORGANISIERUNG

Ob klassische Stadt- oder Landkreis-Antifa, Arbeitskreis innerhalb einer Gewerkschaft oder Partei, Verband, Recherchegruppe, Kampagne im Kultur- oder Sportbereich, Referat an der Hochschule usw.: Es gibt nicht die eine richtige Art, sich antifaschistisch zu organisieren.



2

So unterschiedlich die individuellen Lebensumstände, eigenen Interessenschwerpunkte und gegenwärtigen Herausforderungen sind, so unterschiedlich kann die passende Organisierung ausfallen. Unabhängig von der genauen Form steht jedoch fest: So wichtig das Engagement von Einzelnen ist, auf Dauer wird es alleine kaum gehen. Kollektives Vorgehen ist oft anstrengend, lohnt sich aber. Eine kleine Auswahl? Wenn Personen mit verschiedenen Erfahrungen und Perspektiven sich austauschen, können sie zusammen bessere Analysen und Gegenstrategien erarbeiten. Durch die unterschiedlichen Kompetenzen, Ressourcen und Netzwerke können die Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit erheblich gesteigert werden. Die Verbindlichkeit des eigenen Handelns nimmt durch die Einbindung in Strukturen zu. Man kann voneinander lernen. Wenn Einzelne erschöpft oder entmutigt sind, können die anderen sie wieder aufbauen. Die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten wird nicht nur sicherer, sondern kann manchmal sogar Spaß machen. Kurzum, an Organisierung führt kein Weg vorbei. Dies gilt umso mehr, da das Engagement gegen Rechtsextremismus kein Strohfeuer sein sollte.

Antifaschismus ist ein Langzeitprojekt: Es ist nicht davon auszugehen, dass die relevanten rechtsextremen Strukturen ihre Aktivitäten zeitnah einstellen. Auch die gesellschaftlichen Verhältnisse, welche die Entstehung rechtsextremer Ideologien begünstigen, bestehen weiter fort (▶ 20). In der Praxis ist die Halbwertszeit vieler antifaschistischer Strukturen leider dennoch recht begrenzt. Gerade von jüngeren Antifaschist*innen getragene Gruppen bestehen oftmals nur wenige Jahre: Die Aktiven ziehen nach der Ausbildung oder dem Studium weg, haben wegen Arbeit oder Familiengründung weniger Zeit sich einzubringen, finden den Fokus der Gruppe nicht mehr zielgerichtet bzw. passend für sich oder sind frustriert, weil es zwischenmenschlich nicht mehr rund läuft. Zugleich schaffen es viele Strukturen, die teils schon sehr lange bestehen oft nicht, Jüngere erfolgreich einzubinden – die Konsequenz sind regelmäßig Überalterung und Inaktivität. Bei stark generationell geprägten Projekten sind solche Effekte nicht ganz vermeidbar, dennoch kann man einiges dagegen tun:

Der Zweck von Strukturen sollte regelmäßig überprüft werden: Entspricht die eigene antifaschistische Praxis noch den gegenwärtigen Herausforderungen? Seine Aktivitäten nachzujustieren kann zwar mühsam sein, aber diese sind schließlich kein Selbstzweck – außerdem hat niemand Lust, auf Dauer ein totes Pferd zu reiten.

Der Anspruch, für quasi alles Schlechte der Welt zuständig zu sein, führt regelmäßig zu Überforderung. Schon um ein Ausbrennen und Rückzüge zu vermeiden, sollte der eigene Aufgabenbereich definiert werden. Sich bewusst zu begrenzen kann zwar eine Herausforderung sein, führt jedoch unterm Strich zu besseren Ergebnissen und ermöglicht ein langfristiges Engagement.

Es sollte regelmäßig überprüft werden, ob die internen Abläufe noch zur Lebensrealität der Aktiven passen. Beispielsweise können lange Treffen am Abend schwierig sein, wenn man Kinder ins Bett bringen oder am nächsten Tag früh aufstehen und arbeiten muss. Da sich auch die Interessen der Beteiligten ändern können, ist ein regelmäßiger Austausch zu Form und Inhalt der gemeinsamen Organisierung notwendig.

Alle Beteiligten sollten regelmäßig kommunizieren, wie viel Zeit und Energie sie aktuell für die gemeinsamen Aktivitäten aufbringen können oder wollen. Es gibt noch andere Themen im Leben und niemand ist eine Maschine. Ein transparenter Umgang kann helfen, Stress und Enttäuschung auf allen Seiten zu verringern.

Antifaschistische Strukturen werden durch mehr Beteiligte zwar aufwändiger, aber auch stärker. Es ist deshalb wichtig, sich aktiv Gedanken darüber zu machen, wie neue Mitstreiter*innen gewonnen und eingebunden werden können. Da es nie ganz zu verhindern ist, dass Aktive kürzertreten oder sich ganz zurückziehen, ist das auch dann sinnvoll, wenn ihr mit der aktuellen Größe eurer Struktur eigentlich zufrieden seid.

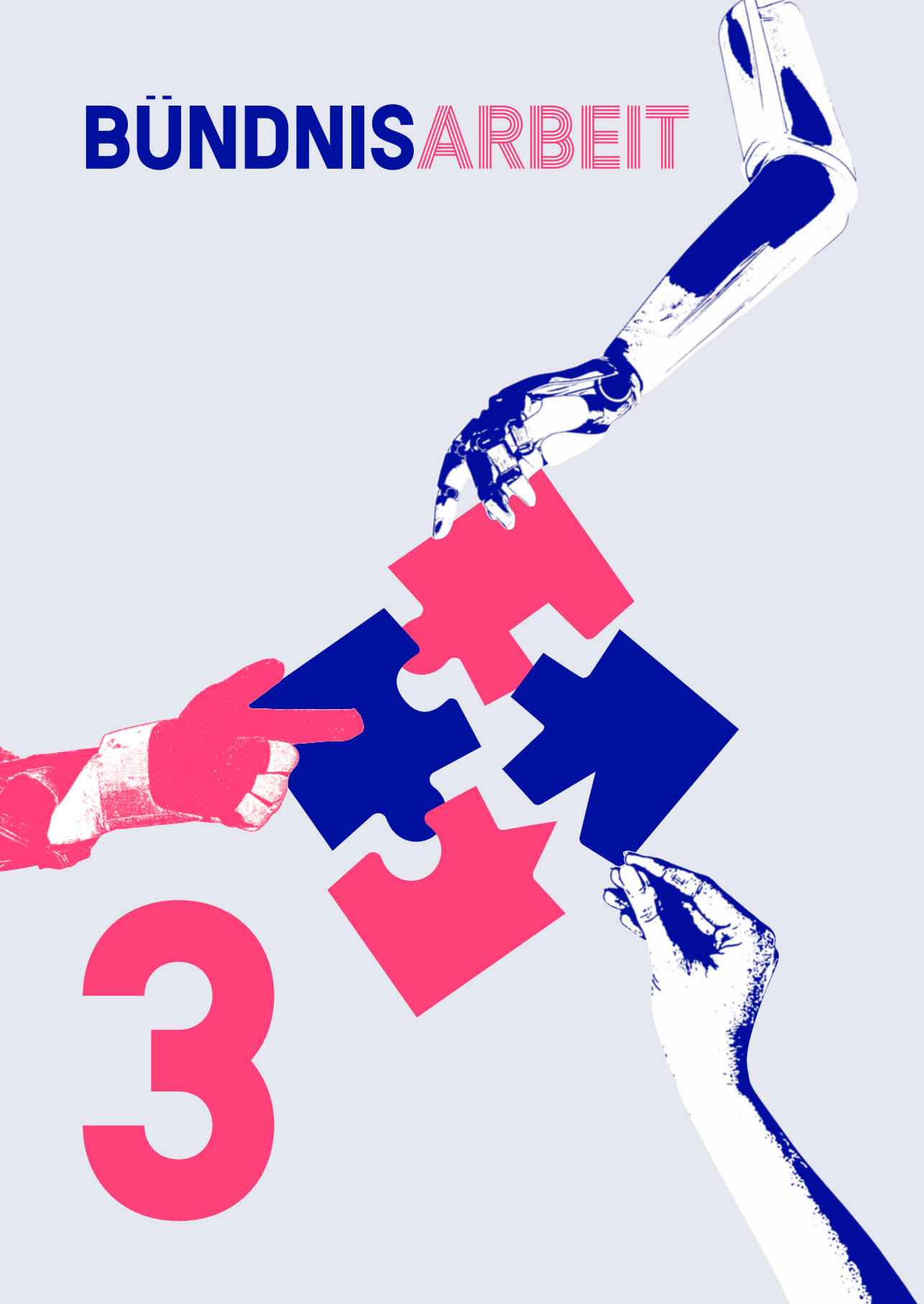
Verschiedene Organisationsformen bringen jeweils eigene Logiken mit sich: Eher non-formal organisierte Strukturen sind zwar häufig sehr flexibel und können schnell Entscheidungen treffen, wenn sich darin jedoch zum Beispiel niemand findet, der mit Name und Gesicht öffentlich auftreten möchte, dürfte es schwierig werden, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben (▶ 10). Großorganisationen brauchen zwar meist länger, bis sie einen offiziellen Beschluss fassen, können dann jedoch relativ viele Ressourcen mobilisieren und politischen Einfluss geltend machen. Tendenziell steigen mit dem Institutionalisierungsgrad einer Organisation die Bindungskräfte, was langfristiges Engagement unterstützt. Zugleich sind es aber häufig gerade überschaubare Strukturen, deren Aktive besonders umtriebig sind. Bei der Entscheidung für eine Organisationform sollte auf eine möglichst große Übereinstimmung zwischen den Organisationslogiken und den eigenen Vorstellungen geachtet werden. Im Zweifel kann es hilfreich sein,

mit verschiedenen Leuten, die schon länger aktiv sind, über die Vor- und Nachteile ihrer Strukturen zu sprechen. Auch wenn man die für sich passende Struktur gefunden hat, ist eine besserwisserische Abgrenzung um der Abgrenzung willen dem gemeinsamen antifaschistischen Anliegen nicht dienlich. Selbiges gilt auch gegenüber unorganisierten Antifaschist*innen, ohne die es in alltäglichen Auseinandersetzungen, bei größeren Mobilisierungen und insbesondere in gesellschaftlich kritischen Situationen nicht geht – ihr Engagement ist nicht weniger wichtig. ¶

Der Anspruch, für quasi alles Schlechte der Welt zuständig zu sein, führt regelmäßig zu Überforderung. Schon um ein Ausbrennen und Rückzüge zu vermeiden, sollte der eigene Aufgabenbereich definiert werden.

2

BÜNDNISARBEIT



3

Die Zusammenarbeit in antifaschistischen Bündnissen ist nicht immer unkompliziert. Ein paar Beispiele: Linke, jüngere Antifagruppen finden die Positionen der beteiligten Sozialverbände häufig zu zurückhaltend, die Verbände das Auftreten der Antifagruppen zu wenig anschlussfähig. Die beteiligten Parteien tragen insbesondere in Wahlkampfzeiten immer wieder Konflikte im Bündnis aus, die wenig mit dem eigentlichen Thema zu tun haben. Klimagruppen geraten regelmäßig mit Automobilgewerkschaften aneinander, weil man im jeweiligen Kernthema teils sehr unterschiedliche Positionen einnimmt. Einige setzen mittel- und langfristig auf die Schaffung eines antifaschistischen Klimas in Politik, Verwaltung und Gesellschaft vor Ort, andere formulieren eine unversöhnliche Kritik am unzureichenden Handeln gegen Rechtsextremismus der entsprechenden Akteure. Aktionsformen des zivilen Ungehorsams wie Sitzblockaden gegen Neonaziaufmärsche sind für die einen selbstverständlich, die anderen halten sie gegenüber ihren Mitgliedern nicht für vermittelbar etc.

Konflikte sind normal: Wären sich alle in allen Punkten einig, bräuchten sie sich nicht in unterschiedlichen Strukturen zu organisieren. Ohne unterschiedliche Perspektiven wäre Bündnisarbeit jedoch sicherlich weniger dynamisch und effektiv. Die Vielfalt der Hintergründe sollte als Stärke begriffen werden. Damit diese zum Tragen kommen kann, sind einige Punkte wichtig:

Bündnisarbeit ist kein Selbstzweck: Klärt ab, was eure Ziele sind! Warum denkt ihr, dass ihr diese gemeinsam besser erreichen könnt? Für welche Handlungsfelder fühlt ihr euch zuständig, für welche nicht? Wie geht ihr mit neuen Entwicklungen und Themen um? Auf welche Vorgehensweisen könnt ihr euch einigen? Die Klärung dieser Fragen ist essenziell, da Enttäuschungen sonst vorprogrammiert sind. Haltet die Ergebnisse fest, so dass ihr im Konfliktfall nachlesen könnt – und euch immer wieder daran erinnert, was euch verbindet.

Ein Bündnis funktioniert nicht ohne gewisses Maß an Organisation. Ein Patentrezept dafür gibt es nicht, aber erfahrungsgemäß sind regelmäßige Präsenztreffen sehr nützlich: Es ist eine offene und direkte Kommunikation möglich, Missverständnisse können schneller als im Schriftlichen geklärt werden, im unmittelbaren Kontakt ist die Verbindlichkeit höher, man lernt sich besser kennen, Treffen machen mehr Spaß als im Digitalen etc. Ihr solltet die Bündnistreffen auch in Phasen stattfinden lassen, in denen die Frequenz rechtsextremer Veranstaltungen gering ist – im Zweifel seid ihr eben schneller fertig. Denn ohne kontinuierliche Treffen ist es oft schwierig, die Identität und Handlungsfähigkeit eines

Bündnisses aufrechtzuerhalten. Für eure Kommunikation via Messenger oder Mail solltet ihr euch klare Regeln geben: Was wird in welcher Gruppe gepostet und was nicht? Welche Reaktionen können erwartet werden? Eine gewisse Funkdisziplin trägt dazu bei, dass der Nutzwert von Gruppen hoch bleibt. Im Zweifel richtet eine extra Gruppe für Spam ein, die nicht von allen verfolgt werden muss. Nach welchen Prinzipien ihr Entscheidungen fällt und welche Funktionen ihr in eurem Bündnis schafft, müsst ihr nach Bedarf entscheiden. Es hat sich jedoch bewährt, für Pressearbeit und Co. mindestens eine Person zu finden, die kontinuierlich mit Gesicht und Name in die Öffentlichkeit tritt (▶ 10). Aus Sicherheitsgründen bietet es sich an, dass diese Aufgabe jemand übernimmt, der ohnehin schon öffentlich bekannt ist. Zur Vermeidung von Interessenkonflikten und für die Außenwirkung kann es nützlich sein, wenn diese Person glaubhaft überparteilich auftreten kann.

Für eine gute Zusammenarbeit ist es wichtig, die Organisationslogiken seiner Bündnispartner*innen zu kennen: Wenn man weiß, was die inhaltlichen und rechtlichen Grundlagen des Handelns der anderen sind, wie es um die Kräfteverhältnisse innerhalb ihrer Organisation steht, was für ein Mandat ihrer Struktur sie im Bündnis haben und wie Entscheidungen bei ihnen ablaufen, können Prozesse und Standpunkte besser verstanden werden. Es wird deshalb immer noch Differenzen geben, aber wenn man sich gegenseitig die Bedingungen seines Handelns transparent macht, kann sachlicher mit diesen umgegangen werden. Erklärt also, wie eure Strukturen funktionieren, zeigt Interesse an den anderen und respektiert Unterschiede.

Bündnisarbeit bedeutet immer das Aushandeln von Kompromissen. Egal ob eher non-formale Strukturen oder etablierte Organisationen: Häufig glauben alle Beteiligten, dass sie am besten wüssten, was zu tun sei. Gerade bei einem Machtungleichgewicht zwischen den Bündnispartner*innen sollten sich die verschiedenen Akteure immer wieder vergegenwärtigen, dass Bündnisarbeit Kompromissbereitschaft von allen verlangt. Eine breitbeinige Verweigerungshaltung vor dem Hintergrund des eigenen politischen Gewichts oder das Beharren auf die vermeintlich poltisch-moralische Überlegenheit des eigenen marginalisierten Standpunktes sollten kritisch reflektiert werden. Interessensunterschiede sind nicht immer aufzulösen, aber häufig würde allen Beteiligten eine Portion Demut und die Ausrichtung am gemeinsamen Ziel gut anstehen.

Ein gutes Miteinander erfordert Verbindlichkeit. Kaum etwas ist nerviger, als detailliert Absprachen zu treffen, die dann nicht eingehalten werden. Es ist für alle Beteiligten angenehmer, wenn bereits im Vorfeld kommuniziert wird, dass man etwas nicht möchte oder aktuell keine Ressourcen hat. Um die Übersicht und Planbarkeit zu gewährleisten, gilt: Machen was man sagt und sagen was man macht! Wenn dies nicht gut funktioniert, kann über Kontrollschleifen nachgedacht werden. Spaß macht das verbindliche Nachfragen, ob Aufgaben wie geplant erledigt wurden, jedoch niemanden. Versucht also selbst zuverlässig zu sein und das Arbeitsklima im Bündnis entsprechend zu beeinflussen.

Wertschätzung bleibt im politischen Alltag häufig auf der Strecke. Egal ob eine Struktur aus dem Bündnis 10.000 Kampagnenflyer verteilt, Fördermittel besorgt oder die dritte Gaststätte in diesem Monat davon überzeugt hat, einer rechtsextremen Partei keine Räume zu vermieten: Häufig wird die Arbeit der anderen als selbstverständlich wahrgenommen bzw. nur thematisiert, wenn etwas nicht geklappt hat. Dabei wäre wichtig, öfter seine Wertschätzung auszudrücken. Dies gilt explizit auch für Aufgaben, die häufig unsichtbar bleiben: Das Organisieren von Bündnistreffen, die Betreuung der Kommunikationsstruktur, die Bearbeitung von Presseanfragen usw. Gegenseitige Wertschätzung macht die Zusammenarbeit angenehmer und stärkt antifaschistische Bündnisse!

Für eine gelingende Bündnisarbeit sind noch viele weitere Aspekte wichtig, diese können hier nicht alle thematisiert werden. Holt euch bei Bedarf externe Unterstützung durch andere Bündnisse oder Strukturen wie die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus. Und wenn die Arbeit im Bündnis manchmal zum Schreien ist, macht euch klar: Es ist historisch betrachtet eine sehr komfortable Situation, sich aktiv für oder gegen antifaschistische Bündnisarbeit entscheiden zu können. Heute ist diese zum Glück nicht um jeden Preis notwendig. Aber um zu verhindern, später eventuell politisch noch viel unangenehmere Bündnisse zur Abwendung rechtsextremer Machtoptionen eingehen zu müssen, sollten wir das wichtige Instrument zur Steigerung der antifaschistischen Handlungsfähigkeit nicht leichtfertig aufgeben. ¶

PROGRESSIVE ALLIANZEN

Beim Nachdenken über mögliche Bündnispartner*innen kann es helfen, einen Blick darauf zu werfen, was Rechtsextreme nachts schlecht schlafen lässt.

4

Momentan sind das vor allem zwei Dinge:

1. Die Angst vor dem „Großen Austausch" bzw. dem „Volkstod". Dahinter steckt die verschwörungsideologische Vorstellung, das deutsche Volk sei in seiner „biologischen Existenz" bedroht. Zum einen durch einen Geburtenrückgang bei – aus Sicht der extremen Rechten – „wirklich deutschen" Frauen. Verantwortlich dafür wird der Feminismus gemacht, der eine zunehmende reproduktive Selbstbestimmung erstritten hat. Zum anderen würden gezielt „Ströme kulturfremder Ausländer" nach Deutschland geleitet, um die „Überfremdung" weiter voranzutreiben. Als Strippenzieher dieses angeblichen Plans wird – teils offen, teils chiffriert – eine vermeintliche „jüdische Weltverschwörung" ausgemacht. Ihr Ziel: Das deutsche Volk zu schwächen und es damit leichter beherrschbar zu machen. Das klingt völlig wahnsinnig? Definitiv, aber genau diese Erzählung ist in den letzten Jahren in allen Strömungen der extremen Rechten allgegenwärtig. Antifeminismus, Rassismus und Antisemitismus sind damit ganz zentrale Elemente extrem rechter Ideologie und Praxis.

2. Die Vorstellung, „linksgrün versiffte Kreise" würden den Klimawandel inszenieren, um eine „ökosozialistische Diktatur" zu errichten. Das vermeintliche Ziel: Eine Deindustrialisierung Deutschlands bzw. allgemein eine Enteignung der Menschen im reichen Norden. Nicht selten wird diese Vorstellung wiederum mit antisemitischen Vorstellungen verknüpft. Dahinter steckt der Versuch, die Verantwortung der Industrieländer für die Klimakatastrophe abzuwehren. Diese wird bestritten, verharmlost oder als unaufhaltsam dargestellt. In jedem Fall wird es kategorisch abgelehnt, notwendige Veränderungen in den Bereichen Produktion, Verteilung und Konsum vorzunehmen. Die eigenen relativen Privilegien werden aggressiv auf Kosten Dritter verteidigt. Das Wohl der hierzulande besonders vom Klimawandel Betroffenen, der Menschen im Globalen Süden und zukünftiger Generationen ist im egozentrischen bis chauvinistischen Weltbild der extremen Rechten gleichgültig. Der Anti-Ökologismus und eine Verteidigung sozialer Ungleichheit sind also weitere wichtige Aspekte des zeitgenössischen Rechtsextremismus.

Diese Inhalte und Feindbestimmungen der extremen Rechten sollten in antifaschistische Bündnisüberlegungen einfließen. Das bedeutet zunächst: Aufmerksamkeit für die verschiedenen rechten Ideologiefragmente zu entwickeln und sie ernst zu nehmen. Ihre Verwobenheit und zugleich die unterschiedlichen Funktionsweisen zu verstehen. Zu erkennen, dass viele der Positionen auch

in der Mitte der Gesellschaft anschlussfähig sind. Sich kritisch damit auseinanderzusetzen, ob man Versatzstücke dieses Denkens womöglich selbst verinnerlicht hat. Im nächsten Schritt sollten die vielfältigen Kämpfe gegen Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus sowie für soziale Gerechtigkeit im Allgemeinen und Klimagerechtigkeit im Besonderen wahrgenommen und möglichst unterstützt werden. Wenn der Kern rechten Denkens die Rechtfertigung sozialer Ungleichheit aufgrund von Zuschreibungen wie Geschlecht, „Rasse" oder der Position im (globalen) Gesellschaftsgefüge ist, sind all diese Kämpfe bedeutsam für die antifaschistische Bewegung.

Damit über eine reine Unterstützung hinaus ein Miteinander gelingen kann, müssen einige Bedingungen erfüllt sein: Ein ehrliches Interesse an den jeweils anderen. Die Bereitschaft zuzuhören und andere Perspektiven anzuerkennen. Die Geduld auch vermeintliche Selbstverständlichkeiten zu erklären. Das Ernstnehmen des Gegenübers, was auch bedeutet, problematische Positionen zu kritisieren. Die Offenheit eigene Gewissheiten zu hinterfragen. Eine gewisse Fehler- und Frustrationstoleranz. Ein langer Atem. Kommt es zur Zusammenarbeit, ist das Potential groß: Wissen und Erfahrungen können ausgetauscht, unterschiedliche Perspektiven, Kontakte und Ressourcen gegenseitig nutzbar gemacht werden. In der Theorie liegt das Verbindende auf der Hand: Die geteilte Vorstellung der Gleichheit aller Menschen und daraus resultierend ein Streben nach einem entsprechenden Zugang zu Rechten und Ressourcen. Praktisch ist es nicht immer leicht, die verschiedenen Auseinandersetzungen miteinander zu verknüpfen. Wenn es jedoch gelingt, kann dies die politische Durchsetzungsfähigkeit massiv steigern.

Für die extreme Rechte ist klar: Antifaschismus, Antirassismus, Feminismus und Kämpfe für soziale Gleichheit bzw. Klimagerechtigkeit gehören zusammen – alles „widernatürliche Gleichmacherei“. Die unterschiedlichen Bewegungen haben in der extremen Rechten also einen gemeinsamen Feind. Wenn wir diesem gemeinsam entgegentreten, sind wir nicht nur deutlich stärker als alleine. Bestenfalls können wir durch das gemeinsame Streiten für gesellschaftlichen Fortschritt dem Rechtsextremismus sogar ein Stück weit das Wasser abgraben.¶

EMOTIONEN & PLANUNG

5

Ohne Emotionen ist das Engagement gegen Rechtsextremismus kaum denkbar: Unverzichtbar die leidenschaftliche Überzeugung, dass alle Menschen gleich sind und entsprechend Zugang zu Rechten und Ressourcen haben sollten. Die Empörung, wenn diese Gleichheit offensiv infrage gestellt wird. Das Entsetzen, wenn dies soweit geht, dass Menschen bedroht, angegriffen und verletzt werden. Die Verzweiflung, wenn Rechtsextreme morden. Die Wut, wenn die politischen und gesellschaftlichen Reaktionen darauf wieder unzureichend ausfallen. Der Moment der Euphorie, wenn man es gemeinsam mit vielen anderen geschafft hat, einen wichtigen Aufmarsch von Rechtsextremen zu verhindern. Diese Emotionen sind wichtig, sie machen das eigene antifaschistische Handeln authentisch und können andere mobilisieren.

Antifaschismus darf aber nicht ausschließlich von emotionalen Dynamiken geleitet sein: Das eigene Handeln und seine Bedingungen müssen stets reflektiert werden. Stützt man sich alleine auf die angenommene politisch-moralische Überlegenheit des eigenen Anliegens, kann dies zu unzulässigen Vereinfachungen bis hin zu einem Gefühl der Unfehlbarkeit führen – und den Einsatz unangemessener Mittel begünstigen. Mittel und Zweck müssen jedoch miteinander vereinbar sein. Zudem hat das eigene Handeln der spezifisch-historischen Situation zu entsprechen: Es macht einen Unterschied, ob man im Kontext eines liberal-demokratischen Rechtsstaates oder eines drohenden Faschismus agiert. Antifaschistisch aktiv zu sein bringt also ein großes Maß an Verantwortung mit sich. Hinzu kommt, dass man angesichts der Dimension des Problems Rechtsextremismus und der eigenen zeitlichen und materiellen Ressourcen immer wieder an Grenzen stößt. Ein zielgerichtetes und planvolles Vorgehen ist also unverzichtbar. Andernfalls besteht die Gefahr, dass man ständig nur reagiert, ohne eigene Akzente zu setzen. Dies ist nicht nur frustrierend und aufreibend, sondern häufig auch wenig effektiv.

Beim antifaschistischen Handeln sollte man sich deshalb stets mit kühlem Kopf einige Fragen stellen:

WAS WOLLEN WIR ERREICHEN?

Meist geht es Antifaschist*innen um Auseinandersetzungen in drei Bereichen, die sich immer wieder überschneiden. Macht euch klar, was davon jeweils euer primäres Ziel ist:

Rechtsextremen Strukturen Schaden zuzufügen. Beispielsweise indem man ihnen Räume und Sichtbarkeit nimmt, Druck auf die zentralen Akteure aufbaut, so dass diese kürzertreten oder sich zurückziehen, versucht eine Erhöhung des staatlichen Kontrolldrucks bzw. sogar Verbote zu erreichen oder interne Spaltungslinien vertieft.

Die antifaschistische Bewegung zu stärken, dadurch dass man neue Mitstreiter*innen gewinnt, die Handlungskompetenz und Durchsetzungsfähigkeit steigert sowie Antifaschismus gesellschaftlich popularisiert und damit die Bedingungen für das eigene Handeln verbessert.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse in Richtung von mehr Gleichheit zu beeinflussen und dem Rechtsextremismus dadurch Boden zu

entziehen: Etwa durch die Beteiligung an antirassistischen Kämpfen wie gegen das kalkulierte Sterbenlassen an den EU-Außengrenzen, für ein Ausländer*innenwahlrecht oder gegen alltäglichen Rassismus, die kritische Auseinandersetzung mit Antisemitismus in allen Teilen der Gesellschaft, die Emanzipation von Frauen und allen, die durch geschlechtliche Zuschreibungen marginalisiert werden, die Abwehr von Formen autoritärer Staatlichkeit oder das Ringen um soziale Gerechtigkeit im Allgemeinen bzw. Klimagerechtigkeit im Besonderen. Setzt euch bewusst Schwerpunkte und bezieht euch solidarisch auf die anderen Teilbereiche.

WAS IST DAS DRÄNGENDSTE PROBLEM FÜR UNS?

Die Antwort darauf kann regional und je nach Perspektive der antifaschistisch Aktiven sehr unterschiedlich ausfallen. Übergeordnet machen sich viele Antifaschist*innen verständlicherweise große Sorgen um gesellschaftliche Entwicklungen, die eine tatsächliche politische Machtoption für die extreme Rechte bedeuten könnten: Etwa die in allen Teilen der Welt zu beobachtende Erosion der Grenzen zwischen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und einem radikalisierten Konservatismus bzw. deren offene Kooperation. Vor Ort kann ein rechtsextremes Kampfsportstudio, das stetig mehr Zulauf erfährt, aber ein ebenso drängendes Problem sein – und womöglich deutlich greifbarer. Überlegt euch also, was explizit für euch am wichtigsten ist.

WAS IST UNSER ZIEL?

Hier ist es wichtig, konkret zu werden. Bei der Formulierung von Zielen kann ein Instrument aus der Betriebswirtschaft als Orientierung dienen, die sogenannte SMART-Methode. Das Akronym steht für S wie spezifisch, M wie messbar, A wie attraktiv, R wie realistisch und T wie terminiert. Ein mögliches Ziel wäre also: Binnen eines Jahres soll das rechtsextreme Kampfsportstudio bei uns in der Stadt dichtmachen. Das Ziel wäre in jedem Fall spezifisch, messbar und terminiert. Ob es attraktiv und realistisch ist, hängt von der Ausgestaltung eurer Kampagne und euren Ressourcen ab.

WIE WOLLEN WIR VORGEHEN?

Die Formulierung eines Ziels ist wichtig, aber ohne einen konkreten Plan, wie ihr dieses möglichst auch erreichen könnt, noch nicht besonders hilfreich. Ihr müsst also überlegen, welches Vorgehen im spezifischen Fall erfolgversprechend sein könnte. Fragt euch dabei zunächst, welche Akteure großen Einfluss auf die Situation haben. Daraus folgt, wen ihr mit eurem Handeln direkt oder indirekt erreichen müsst. Im Fall des rechtsextremen Kampfsportstudios vor Ort könnten folgende Beteiligte wichtig sein: Sicherlich

der Vermieter der Immobilie, ohne die es nicht geht. Womöglich die Verwaltung, die Nutzungszweck, Brandschutz, Jugendschutz und Co. überwachen muss (▶ 19). Vielleicht auch die nicht-rechten Mitglieder des Vereins, ohne deren Beiträge das Studio nicht überleben kann.

Versucht herauszufinden, wie die relevanten Akteure dazu gebracht werden könnten, ihre Handlungsmöglichkeiten zu nutzen: Häufig sind Aufklärung, Unterstützung, öffentlicher Druck und ökonomische Interessen nützliche Hebel. Beim Versuch das rechtsextreme Kampfsportstudio loszuwerden, könnten beispielsweise folgende Ansätze relevant sein: Kündigt das Immobilienunternehmen vielleicht den Vertrag, wenn es über den Charakter des Kampfsportstudios aufgeklärt wird? Oder der eigene Name öffentlich wird und es um seinen guten Ruf fürchtet? Könnte vielleicht eine Ansprache durch die Lokalpolitik nützlich sein? Wäre das Angebot, einen Nachmieter zu suchen hilfreich? Kann die Verwaltung durch Akteure aus eurem Bündnis dazu gebracht werden, Handlungsspielräume bei Kontrollen auszunutzen? Oder muss zuerst durch Öffentlichkeitsarbeit aufgeklärt und dadurch Handlungsdruck erzeugt werden? Vielleicht wäre die Vermittlung von Kontakten in andere Kommunen nützlich, die bereits mit ähnlichen Situationen konfrontiert waren? Reicht es aus, die nicht-rechten Mitglieder aufzuklären? Kündigen diese ohnehin, da ihnen der Trubel um das Kampfsportstudio zu viel wird und sie sich gegenüber Freund*innen erklären müssen? Oder ist es nötig, ein korrektes Studio vor Ort zu überzeugen, ihnen ein Sonderangebot für Wechselwillige anzubieten?

Nehmt euch für eure Planungen Zeit und geht systematisch vor. Engt euch nicht selbst auf ritualisierte Formate wie Demos ein, wenn andere Mittel vielversprechender sind. Seid kreativ und entwickelt passgenaue Strategien und Taktiken. Lasst euch Eskalationsstufen offen. Wenn ihr bei der Planung Unterstützung braucht, fragt bei antifaschistischen Strukturen mit Kampagnenerfahrung oder der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus nach.

5

Tretet immer wieder einen Schritt zurück und überlegt, ob ihr euer Vorgehen anpassen müsst. Reflektiert im Nachhinein, was gut bzw. schlecht gelaufen ist und lernt für die Zukunft daraus. ¶

SOLIDE FINANZEN

6

Antifaschismus ist niemals umsonst, oft jedoch auch nicht ganz kostenlos: Plakate und Flyer für Veranstaltungen drucken lassen, Fahrzeuge, Lautsprecheranlagen und Stromaggregate für Demos mieten, Reisekosten zu Veranstaltungen in anderen Städten, Honorare für Referent*innen, Literatur, rechtliche Auseinandersetzungen etc. Meistens sind es keine Riesenbeträge, aber wenn sie immer von den Aktiven selbst aufgebracht werden müssen, kommt schnell einiges zusammen.

Am Geld sollte das Engagement gegen Rechtsextremismus jedoch niemals scheitern. Zum Glück gibt es viele Möglichkeiten der Ko-Finanzierung und Förderung:

Einige Organisationen in antifaschistischen Bündnissen, etwa Gewerkschaften, Parteien, Verbände und Hochschulgruppen, verfügen im Verhältnis zu non-formal organisierten Strukturen über ein größeres Budget. In der Regel können sie Geld nicht einfach so weitergeben, häufig jedoch konkrete, belegbare Posten – beispielsweise Honorar- oder Druckkosten – übernehmen. Wichtig ist es, frühzeitig Kontakt mit den Organisationen aufzunehmen, so dass diese innerhalb ihrer Organisation einen Beschluss zur Kostenübernahme treffen können. Meistens muss die Rechnung dann auf die entsprechende Organisation ausgestellt und sie als Mitveranstalter*in aufgeführt werden.

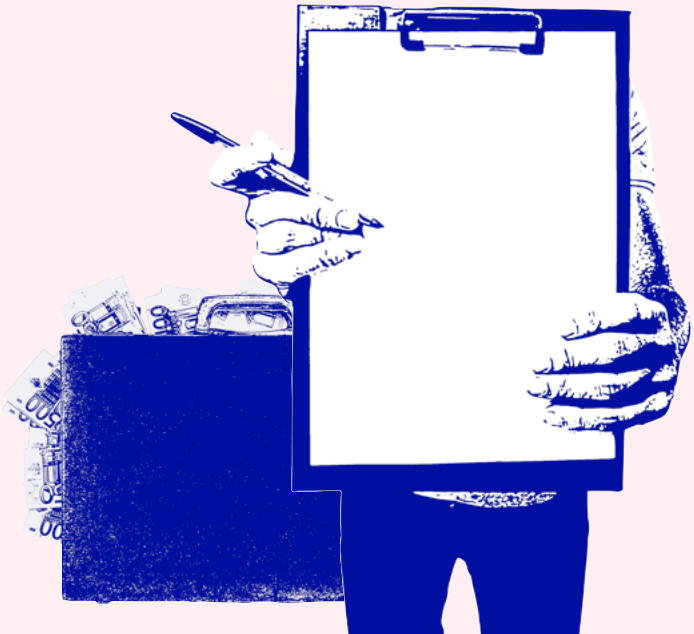
In vielen Städten und Landkreisen gibt es sogenannte Partnerschaften für Demokratie, die durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesfamilienministeriums gefördert werden. Ziel ist die Förderung von Demokratie und gesellschaftlicher Vielfalt vor Ort, wozu sich die Verantwortlichen aus Kommunalpolitik und -verwaltung sowie Aktive aus der Zivilgesellschaft vernetzen. Zur Finanzierung konkreter Maßnahmen, etwa der politischen Bildungsarbeit oder der Erstellung von Informationsmaterialien gegen Rechtsextremismus, können relativ unkompliziert Anträge gestellt werden. Um als Struktur förderfähig zu sein, braucht es in der Regel eine Rechtsform wie beispielsweise einen Verein. Falls ihr non-formal organisiert seid, könnt ihr auch in Kooperation mit anderen einen Antrag stellen, beispielsweise der Gewerkschaftsjugend. Plant immer genug zeitlichen Vorlauf ein und achtet auf Antragsfristen.

Es gibt eine ganze Reihe an Stiftungen, die Engagement gegen Rechtsextremismus unterstützen. Häufig haben sie sehr spezifische Förderzwecke, es passt also nicht jede Förderoption für jedes Projekt. Hier den Überblick zu behalten, ist nicht ganz leicht. Das Netzwerk Selbsthilfe e. V. gibt deshalb regelmäßig die Broschüre „Fördertöpfe für Vereine, selbstorganisierte Projekte und politische Initiativen" heraus. Hier könnt ihr relativ einfach mögliche Förderoptionen für euer Vorhaben recherchieren. Falls ihr nichts Passendes findet, könnt ihr auch Kontakt mit Stiftungen aufnehmen, die regelmäßig antifaschistische Projekte fördern und euch dort gezielt nach möglichen Optionen erkundigen. In Frage kommen hier zum Beispiel die Bundes- und Landesstiftungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung oder der Heinrich-Böll-Stiftung, der Solidaritätsfonds der Hans-Böckler-Stiftung oder die MONOM Stiftung. In der Regel lohnt sich der Aufwand einer Antragsstellung nur für größere Vorhaben.

Manchmal braucht man als antifaschistische Struktur schnell und unkompliziert Geld. Nur auf Bündnispartner*innen, Stiftungen und Förderprogramme zu setzen, ist deshalb nicht ratsam. Auch kleinere antifaschistische Strukturen sollten immer etwas Geld in der Kasse haben. Wie es da reinkommen könnte? Fragt bei sympathischen Kneipen und Geschäften an, ob diese eine Spendendose für antifaschistische Arbeit bei sich am Tresen aufstellen würden. Bittet befreundete Bands, bei ihren Konzerten für euch zu sammeln. Denkt darüber nach, selbst regelmäßig Soliparties oder -konzerte zu organisieren. Ihr könnt damit nicht nur eure finanzielle Situation verbessern, sondern auch Sichtbarkeit im Kulturbereich schaffen (▶ 17). Ihr seid eher sportlich als kulturell unterwegs? Dann ist vielleicht ein jährliches Fußballturnier mit Startgeld und Sponsoring oder ein Spendenlauf gegen Rechtsextremismus was für euch. Konkrete Projekte könnt ihr womöglich auch über Crowdfunding-Plattformen wie betterplace.org finanzieren. Werdet kreativ und findet die passende Möglichkeit für euch.

Zeit und Geld sind häufig ungleich verteilt: Menschen, die viel Zeit für antifaschistisches Engagement aufbringen können, weil sie studieren oder nicht Vollzeit arbeiten, haben meist wenig Geld. Vollzeit und mehr zu arbeiten bringt hingegen häufig mit sich, zwar über mehr Geld verfügen zu können, dafür aber wenig Zeit zu haben. Viele, die aus Zeitgründen ihre Aktivitäten reduzieren oder sich ganz zurückziehen, sind jedoch weiterhin überzeugte Antifaschist*innen. Eine solidarische Umverteilung oder Pat*innenschaften können hier für alle Beteiligten attraktiv sein: Regelmäßige Zahlungen können helfen, die Kassen antifaschistischer Strukturen aufzubessern und die Spender*innen haben die Möglichkeit, ihren Beitrag zum Engagement gegen Rechtsextremismus zu leisten. Über Geld zu sprechen, ist nicht immer einfach. Aber vielleicht fallen euch ja ehemalige Mitstreiter*innen ein, die ihr mal ansprechen könntet – oder umgekehrt Strukturen, denen ihr finanzielle Unterstützung anbieten möchtet. ¶

6



SICHERHEIT

Das Engagement gegen Rechtsextremismus bringt eine Schwierigkeit mit sich, die nicht ganz aufzulösen ist: Antifaschist*innen stellen sich Rechtsextremen entgegen, weil sie diese für gefährlich halten – dadurch können sie jedoch selbst in unangenehme Situationen geraten.

Insbesondere, wenn man den Rechtsextremen unmittelbar Steine in den Weg legt, nehmen diese einen immer wieder ins Visier. Dies soll kein Plädoyer für Passivität sein, vielmehr dafür, mögliche Risiken überlegt einzugehen bzw. zu minimieren. Allgemeingültige Sicherheitsmaßnahmen kann es nur bedingt geben, da die Lebensumstände der Aktiven zu verschieden sind. So macht es beispielsweise einen Unterschied, ob Antifaschist*innen bereits stark in der Öffentlichkeit stehen oder nicht. Auch geschlechtliche und rassistische Zuschreibungen können relevant sein: Frauen, LGBTIQ-Personen und von Rassismus Betroffene, die gegen Rechtsextremismus aktiv sind, werden häufig besonders stark angegriffen. Ebenso macht es einen Unterschied, ob es vor Ort gewalttätige Neonazistrukturen gibt oder nicht. In vielen Fällen sind es dennoch ähnliche Aspekte, über die Antifaschist*innen in Bezug auf Sicherheit nachdenken sollten. Das Gute: Online wie offline gibt es viele Möglichkeiten, sich selbst und andere zu schützen.

VERANSTALTUNGEN IN GESCHLOSSENEN RÄUMEN

Wenn ihr antifaschistische Vorträge, Workshops, Cafés etc. organisiert, achtet auf Sicherheit! Es passiert zum Glück nur selten, dass neonazistische Rollkommandos solche Veranstaltungen überfallen. Doch sollte das Nachdenken über mögliche Gefahren immer auch Worst-Case-Szenarien umfassen. Auch jenseits davon gibt es genug Problempotential: Rechtsextreme können sich einschleichen und durch Zwischenrufe stören, Teilnehmer*innen einschüchtern oder eure Strukturen ausforschen. Deshalb solltet ihr bei jeder Veranstaltung Leute organisieren, die sich um den Einlass kümmern. Diese müssen die regionalen Rechtsextremen kennen, um sie bereits an der Tür abweisen zu können. Außerdem sollten sie stressigen Situationen gewachsen sein: Dafür sind weniger dicke Muskeln wichtig, als Aufmerksamkeit, Kommunikationsfähigkeit und ein souveränes Auftreten. Wenn euch Besucher*innen suspekt vorkommen, sprecht sie freundlich an und fragt nach ihrem Interesse an der Veranstaltung, woher sie kommen usw. Rechtsextreme enttarnen sich dabei oft und normale Besucher*innen fühlen sich willkommen. Sollte es bei einer Veranstaltung zu Vorfällen gekommen sein, informiert die Besucher*innen darüber und achtet darauf, dass niemand Gefährdetes alleine nach Hause gehen muss. Wenn ihr bei einer Veranstaltung mit größeren Problemen rechnet, kann professionelle Unterstützung sinnvoll sein. Es gibt jedoch nur wenige Sicherheitsdienste, die explizit Erfahrung mit Rechtsextremismus haben. Erkundigt euch deshalb rechtzeitig bei anderen antifaschistischen Strukturen oder der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus nach diesen, denn: Leider beschäftigen viele Sicherheitsdienste selbst Rechtsextreme, was eure Probleme noch

verstärken würde. Um bei Ausschlüssen von Rechtsextremen auf der rechtlich sicheren Seite zu sein, achtet bei der Bewerbung auf einen Einlassvorbehalt. Dieser Passus ermöglicht euch, bestimmte Personengruppen wie Rechtsextreme von vornherein auszuschließen. Entsprechende Vordrucke findet ihr im Internet, im Zweifel fragt bei der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus nach.

VERSAMMLUNGEN UNTER FREIEM HIMMEL

Bei antifaschistischen Kundgebungen und Demonstrationen sollten ebenfalls einige Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden. So braucht es Personen, welche die Umgebung in Bezug auf Rechtsextreme und andere Störfaktoren im Auge behalten. Dies erfordert viel Aufmerksamkeit, weshalb sie keine weiteren Aufgaben bei der Versammlung übernehmen sollten. Das Vorgehen muss vorab mit der Versammlungsleitung abgesprochen werden, außerdem muss vor Ort eine direkte Kommunikation mit dieser sichergestellt sein. Denn: Die Versammlungsleiter*in sollte die Polizei auffordern, die Rechtsextremen aus Gründen der Gefahrenabwehr des Platzes zu verweisen. Bleibt dies zunächst erfolglos, kann es helfen, wenn die Teilnehmer*innen der antifaschistischen Versammlung lautstark deutlich machen, dass die Rechtsextremen unerwünscht sind. Falls die Polizei die Rechtsextremen trotzdem nicht entfernt und diese beispielsweise gezielt Kundgebungsteilnehmer*innen abfilmen, kann es sinnvoll sein, sich mit Schildern und Transparenten zwischen die StörerInnen und die Versammlung zu stellen. Dabei sollte jedoch unbedingt darauf geachtet werden, dass es nicht zu Beleidigungen, Körperkontakt oder anderen möglichen Straftaten kommt. Am besten lässt man sich auch nicht auf eine verbale Kommunikation mit den Rechtsextremen ein, um später sinnentstellende Veröffentlichungen der Aufnahmen zu vermeiden. Die Aufgabe des Abschirmens sollte eine vorher vereinbarte Gruppe von souveränen Personen übernehmen, um unerwünschte Dynamiken zu vermeiden und den übrigen Teilnehmer*innen eine Konzentration auf die eigentliche Kundgebung zu ermöglichen. Auch bei Kundgebungen und Demonstrationen gilt wieder: Sollte es zu Stress mit Rechtsextremen gekommen sein, achtet darauf, dass auf dem Nachhauseweg niemand ungewollt alleine bleiben muss.

SOZIALE NETZWERKE

Soziale Netzwerke prägen den Alltag vieler Menschen, Antifaschist*innen bilden da keine Ausnahme. Inwiefern ihr Instagram, Twitter, TikTok und Co. privat oder auch für eure politischen Aktivitäten nutzt, müsst ihr selbst wissen. Macht euch jedoch klar: Sie können extrem viel über euch und eure Kontakte verraten. Wenn Rechtsextreme zu antifaschistischen Strukturen recherchieren, dürften soziale Netzwerke in den meisten Fällen zu den wichtigsten Quellen zählen: Wer likt regelmäßig Beiträge einer antifaschistischen Gruppe? Wer folgt einem bestimmten Account? Wer verbreitet politische Inhalte zu einer Region? Wer ist mit wem auf einem Foto zu sehen? Was verraten Nutzer*innen ungewollt über ihre Wohnsituation, ihre Arbeit oder ihr Privatleben? Macht euch bewusst, was ihr alles über euch und eure Strukturen preisgebt – und was davon Rechtsextreme lieber nicht wissen sollten. Um euch der Dimension klarzuwerden, könnt ihr einmal versuchen, so viel wie möglich über euch selbst im Internet herauszufinden. Oder ihr recherchiert euch – natürlich nach Absprache – innerhalb eurer Struktur gegenseitig. Die Ergebnisse dürften in vielen Fällen überraschen. Das nächste Level wäre ein Recherchetraining mit Personen, die im Bereich des investigativen Journalismus, antifaschistischer Recherche oder Onlinesicherheit beim Chaos Computer Club etc. tätig sind. Der Vorteil: Ihr könnt nicht nur lernen, durch welche technischen Maßnahmen und Verhaltensweisen ihr das Problem relativieren könnt, sondern die Skills selbst für eure Recherchetätigkeit über rechtsextreme Strukturen nutzen (▶ 9).

7

Nachdenken über Sicherheit macht keinen Spaß, entsprechende Maßnahmen umzusetzen ist oft aufwändig. Und auch wenn es abschließende Sicherheit niemals geben kann und Antifaschismus nicht immer ohne Risiko zu haben ist: Als aktive Antifaschist*innen habt ihr eine Verantwortung für die Teilnehmer*innen eurer Veranstaltungen und euer Umfeld, nehmt diese wahr! ¶

BILDUNG

Rechtsextreme werden häufig als ungebildet dargestellt. Witze über „dumme Nazis“ sollen vermeintlich kritisch sein, sind jedoch oft nur verharmlosend und überheblich. Empirisch ist die Vorstellung ebenfalls fragwürdig: Innerhalb der extremen Rechten finden sich Menschen mit ganz unterschiedlichen Hintergründen, darunter auch welche mit hoher formaler Bildung wie ÄrztInnen, AnwältInnen und ProfessorInnen. Sich dafür zu entscheiden, in der extremen Rechten aktiv zu werden, hat weniger mit Bildung, als mit politisch-moralischen Werten und Haltungen zu tun. Gleichwohl gilt: Eine kritische, demokratische und menschenrechtsorientierte historisch-politische Bildung kann helfen, gesellschaftliche Zusammenhänge besser zu verstehen und eine zutreffendere Analyse und Kritik von Gesellschaft zu entwickeln. Zur Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft ist ein Ausbau entsprechender Angebote also unbedingt notwendig – in der Schule, aber auch darüber hinaus. Für die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten ist politische Bildung ebenfalls sehr wichtig: Antifaschistische Bildungsarbeit ist die Voraussetzung dafür, verschiedene Ausdrucksformen des Rechtsextremismus zu erkennen, zu verstehen und zielgerichtet dagegen vorgehen zu können. Außerdem kann sie dazu beitragen, das Problembewusstsein in der Öffentlichkeit zu stärken. Wenn Bildungsangebote Informationen zu ProtagonistInnen und Strukturen der extremen Rechten an die Öffentlichkeit bringen, welche diese lieber intern halten würden, kann sie der extremen Rechten auch unmittelbar schaden.

Anders als noch vor fünfzehn Jahren gibt es heute sehr viele Möglichkeiten, sich über Rechtsextremismus zu informieren. Da das Phänomen stetig im Wandel ist und viele Facetten aufweist, lohnt sich die Auseinandersetzung auch für Antifaschist*innen, die schon länger aktiv sind. Eine kleine Auswahl:

ANTIFASCHISTISCHE ZEITSCHRIFTEN

Einige antifaschistische Zeitschriften informieren bereits seit Anfang der Neunzigerjahre viertel- bis halbjährlich über Rechtsextremismus und die Auseinandersetzung damit. Die Redaktionen haben sehr viel Erfahrung und schaffen es daher gut, aus den Unmengen an Themen und Informationen das Wichtigste auszuwählen. Sie arbeiten ehrenamtlich und sind nicht an eine Partei oder Organisation gebunden, weshalb sie sehr unabhängig berichten können. Drei Zeitschriften sind besonders hervorzuheben: Das „Antifaschistische Infoblatt“ zeichnet sich durch exklusive Recherchen über neonazistische Militanz und Subkultur sowie Debattenbeiträge zur antifaschistischen Bewegung aus. „Der rechte Rand“ hat als ein Schwerpunktthema die Neue Rechte, die im Magazin schon intensiv behandelt wurde, als sie noch ein Nischenthema war. Die „Lotta“ berichtet zwar besonders aus dem (Süd)Westen

der Republik, greift jedoch auch überregionale Themen häufig früh und kenntnisreich auf. In allen drei Publikationen finden sich Rezensionen aktueller Bücher zu den Themen Rechtsextremismus und Antifaschismus. Das verschafft nicht nur einen guten Überblick, sondern bietet auch die Möglichkeit zur gezielten Vertiefung. Praktisch: Obwohl es sich faktisch um hochwertige Fachzeitschriften handelt, sind alle drei im Abo sehr günstig zu haben.

ANTIFASCHISTISCHE ARCHIVE

Eine Art Gedächtnis der antifaschistischen Bewegung sind Archive wie das apabiz in Berlin oder das a.i.d.a.-Archiv in München. Sie dokumentieren seit Jahrzehnten rechtsextreme Aktivitäten und sammeln antifaschistische Publikationen, Plakate usw. Wenn ihr selbst recherchieren möchtet, was bei euch in der Region in der Vergangenheit los war, sind sie eine wichtige Anlaufstelle. Die Bestände sind zum Großteil analog, Teile der Sammlungen werden jedoch nach und nach digital durchsuchbar. Auf ihren Homepages bieten sie außerdem vielfältige Informationen, Termine, Links usw. Die Archive freuen sich natürlich auch immer, wenn sie aktuelles Material von euch bekommen.

VORTRÄGE UND WORKSHOPS

Alleine Texte zu wälzen, kann manchmal anstrengend sein. Häufig ist es leichter, sich neue Themen gemeinsam mit anderen zu erschließen. Vorträge und Workshops können dafür ein gutes Format sein: Man kann direkt nachfragen, diskutieren, von den Erfahrungen der anderen profitieren und sich vernetzen. Außerdem können öffentliche Veranstaltungen dazu beitragen, vor Ort Aufmerksamkeit für Probleme zu schaffen. Vorträge und Workshops selbst zu organisieren, ist kein Teufelszeug. Tipps für Referent*innen und die Organisation gibt es zum Beispiel bei antifaschistischen Gruppen und Archiven oder der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus. In vielen Regionen gibt es die Möglichkeit, die anfallenden Kosten über lokale Partnerschaften für Demokratie zu decken (▶ 6). Es kann auch sinnvoll sein, Gewerkschaften oder lokale Bildungsträger*innen wie die Volkshochschule als Mitveranstalter*innen zu gewinnen. Wenn ihr euch selbst die Organisation nicht zutraut, könnt ihr dort auch nachfragen, ob diese nicht eine Veranstaltung zu einem bestimmten Thema in ihr Programm aufnehmen könnten. Bildungsformate können übrigens auch ganz praktisch orientiert sein, beispielsweise die „Stammtischkämpfer*innen"-Ausbildung (Argumentationstraining) gegen rechte Parolen der Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus". Wenn ihr selbst Veranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus organisiert, denkt daran, dass es zu rechten Störversuchen kommen könnte (▶ 7).

ONLINEMEDIEN

Es gibt mittlerweile unzählige Blogs und Twitter-Accounts, die gute Informationen zum Thema Rechtsextremismus anbieten. Sie alle darzustellen, ist unmöglich. Einige Angebote fallen jedoch besonders auf: Überregionale antifaschistische Portale wie „Exif-Recherche“ oder regionale Recherche-Blogs veröffentlichen häufig sehr detaillierte Einblicke in rechtsextreme Strukturen. Ihr solltet sie unbedingt im Auge behalten. Das Nachrichtenportal „Belltower News“ der Amadeu Antonio Stiftung bietet tagesaktuelle Berichterstattung zum Thema Rechtsextremismus. Auch wenn die Qualität der Beiträge schwankt, ist die Plattform eine bequeme Möglichkeit, aktuelle Entwicklungen zu verfolgen. Twitter und Co. machen es leicht, die Arbeit von Initiativen, Fachjournalist*innen oder Wissenschaftler*innen im Blick zu behalten.

Das Angebot an guten Podcasts zu den Themen Rechtsextremismus und Antifaschismus ist rar. Zwar werden immer mal wieder hochwertige Kurzserien wie etwa „Rechtsextreme Rückzugsräume" der Bundeszentrale für politische Bildung produziert, dauerhafte Angebote gibt es jedoch kaum. Die Ausnahme ist der Podcast von NSU-Watch, der seit 2018 kontinuierlich erscheint. Regelmäßig werden die Themen auch beim „Dissens“- und „Was tun?“-Podcast aufgegriffen, die jedoch auch viele andere Themen behandeln. Es bleibt also, sich aus einer Vielzahl an Podcasts die entsprechenden Kurzserien oder Folgen rauszusuchen oder selbst ein entsprechendes Projekt auf den Weg zu bringen.

WISSENSCHAFT

Im Nachgang der Selbstenttarnung des NSU und vor dem Hintergrund des Erstarkens von Pegida, AfD und Co. wurde die Rechtsextremismusforschung in Deutschland stark ausgebaut. Deren Ergebnisse sind auch für die politische Auseinandersetzung häufig sehr interessant. Einen guten Überblick über die aktuelle Forschung liefern die Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“ des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft aus Jena sowie die „Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung“. Beide erscheinen halbjährlich mit verschiedenen Schwerpunkten und sind online kostenlos verfügbar. Lesenswert sind auch die Veröffentlichungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle der Universität Potsdam sowie des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA) der Hochschule Düsseldorf. Viele wissenschaftliche oder populärwissenschaftliche Bücher zum Thema Rechtsextremismus erscheinen stark verbilligt in einer Lizenzausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung, schaut dort mal in den Onlineshop rein. ¶

DOKUMENTATIONS- & RECHERCHEARBEIT

9

Der Rechtsextremismus ist kein subjektloses Phänomen, nicht nur ein Resultat bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse. Es ist von konkret handelnden Personen und Organisationen abhängig, ob sich rechte Potentiale in der Gesellschaft zu einer handlungsfähigen politischen Kraft entwickeln können. Von daher sollte klar sein: Um der extremen Rechten möglichst effektiv entgegentreten zu können, muss man ihre ProtagonistInnen und Strukturen kennen. Nur wenn man weiß, wie eine Szene, Gruppe, Organisation, Partei oder Bewegung funktioniert, kann man zielgerichtet Gegenmaßnahmen entwickeln. Es sollte für antifaschistische Gruppen oder Bündnisse deshalb dazugehören, Informationen über die extreme Rechte in der Region zu sammeln und auszuwerten. Das brauchen nicht alle Beteiligten gleichermaßen zu machen, die Aufgabe sollte jedoch genauso ernst genommen werden, wie alle anderen.

Von im Geheimen agierenden, häufig gewalttätigen Strukturen abgesehen, ist die extreme Rechte darauf angewiesen, in die Öffentlichkeit zu treten – schließlich will sie ihre Botschaften verbreiten und neue AnhängerInnen gewinnen. All jene Orte, wo das passiert, sollten Antifaschist*innen nach Möglichkeit im Auge behalten: Auftritte lokaler Strukturen und relevanter Akteure in sozialen Netzwerken, ihr Agieren in (Kommunal)Parlamenten, Kundgebungen und Demonstrationen, Stammtische und Saalveranstaltungen usw. Durch die kontinuierliche Beobachtung entsteht nach und nach ein Verständnis dafür, wer welche Rolle einnimmt und besonders wichtig für das Funktionieren der Struktur ist. Ob Screenshots im digitalen Raum oder Fotos und Videos von öffentlichen Versammlungen: Die Erkenntnisse sollten so festgehalten werden, dass sie möglichst aussagekräftig sind und auch nach einiger Zeit noch genutzt werden können. Fehlt die URL bei einem Screenshot oder die Information, wann und wo eine Rede aufgezeichnet wurde, kann es schwierig werden, die Informationen später rechtssicher zu verwenden.

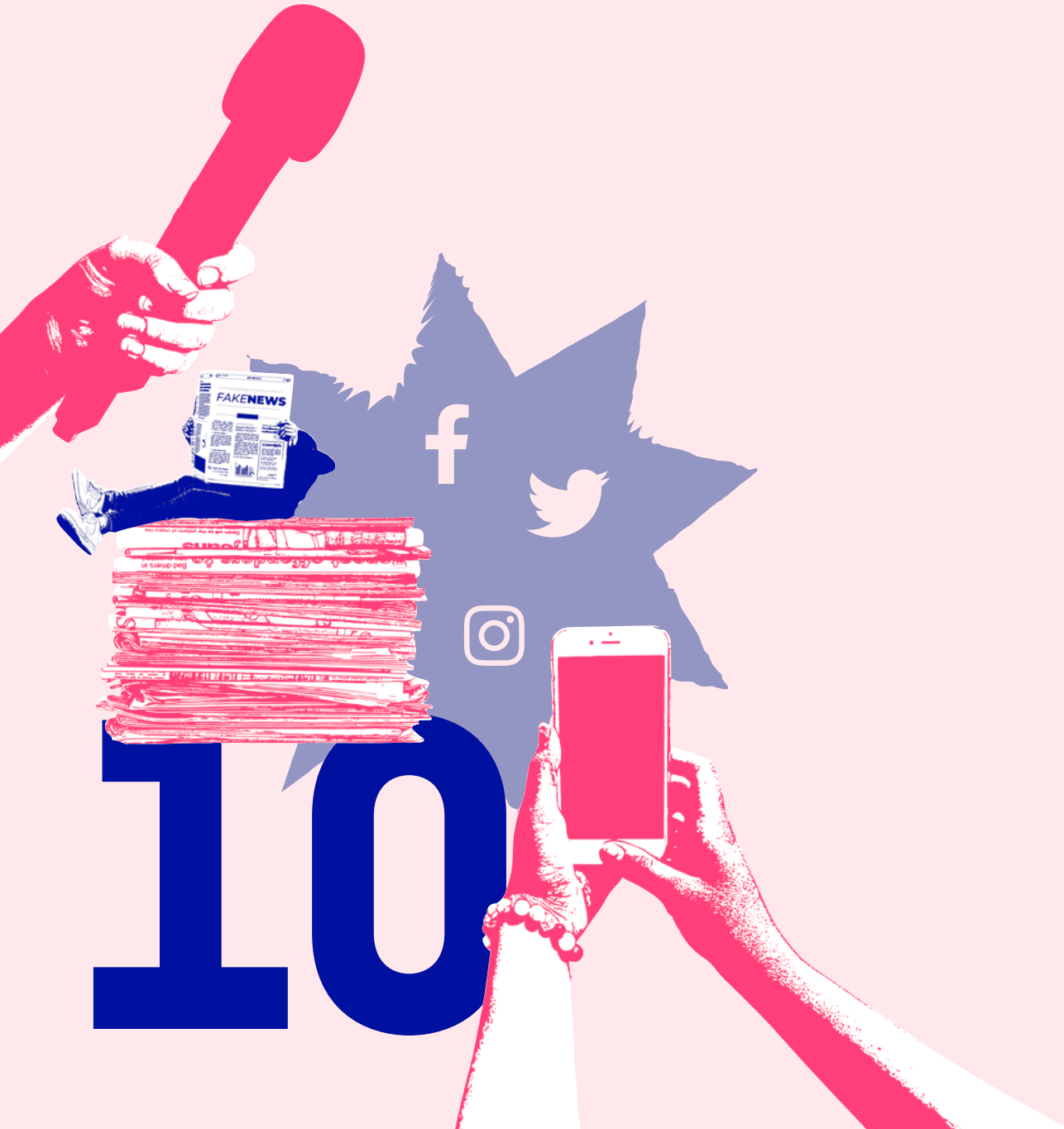
Wichtig ist: Dokumentations- und Recherchearbeit ist kein Selbstzweck! Es sollte nicht darum gehen, Berge von Informationen anzuhäufen, ohne diese zu verwenden. Ein kontinuierliches Sammeln ist zwar wichtig, um größere Zusammenhänge und Entwicklungen im Zeitverlauf verstehen zu können, aber am Ende müssen die Informationen genutzt werden. Es sollte nicht passieren, dass ihr aufgrund einer Anfrage mit einer Fakemail den geheimen Ort eines rechtsextremen Stammtisches kennt, der lokalen Initiative, die Gegenprotest organisieren möchte, jedoch nicht Bescheid gebt. Der konkrete Zeitpunkt der Veröffentlichung einer Information sollte entsprechend des Zweckes gewählt werden: Ihr wisst, dass der Sprecher einer neuen, sich bieder-konservativ gebenden Initiative gegen eine Flüchtlingsunterkunft ein militanter Neonazi

ist? Dann sollte die Information am besten öffentlich gemacht werden, bevor deren Kampagne richtig Fahrt aufnimmt. Die rechtsextreme Abgeordnete hat mal wieder rassistisch in sozialen Medien gehetzt? Packt das Zitat mit in die Pressemitteilung zu eurer Gegenkundgebung, wenn sie den nächsten Auftritt in der Region hat. Euch liegen Fotos eines rechtspopulistischen Politikers bei einem Neonazikonzert vor und dieser hat angekündigt, in einigen Monaten zur Landtagswahl anzutreten? Dann kann es womöglich sinnvoll sein, mit der Veröffentlichung noch etwas abzuwarten. Ihr habt in einer rechten Messenger-Gruppe von Waffenkäufen oder Anschlagsplänen mitbekommen? Bei akuter Gefahr solltet ihr schleunigst überlegen, wie ihr die Polizei und potentiell Betroffene informieren könnt.

Um mit manchmal schwierigen Fragen nicht alleine konfrontiert zu sein und bei Veröffentlichungen einen möglichst großen Effekt erzielen zu können, ist die Einbindung in antifaschistische Gruppen oder Bündnisse zentral. Außerdem solltet ihr Kontakte zu antifaschistischen Archiven, der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus, Fachjournalist*innen etc. aufbauen. Diese können euch zum einen mit konkreten Rechercheansätzen, Erfahrungen zum praktischen Vorgehen, Sicherheitstipps sowie technischen und rechtlichen Know-how unterstützen. Zum anderen könnt ihr Informationen austauschen, denn Dokumentations- und Recherchearbeit ist oft wie ein Puzzle: Nur gemeinsam ergeben die Teile ein klares Bild, das für die erfolgreiche Auseinandersetzung mit der extremen Rechten so wichtig ist. ¶

Um mit manchmal schwierigen Fragen nicht alleine konfrontiert zu sein und bei Veröffentlichungen einen möglichst großen Effekt erzielen zu können, ist die Einbindung in antifaschistische Gruppen oder Bündnisse zentral.

ÖFFENTLICHKEITS-ARBEIT



10

Dank einer kontinuierlichen Beobachtung rechtsextremer Strukturen und Aktivitäten in der Region wissen Antifaschist*innen häufig besser über diese Bescheid, als die meisten anderen. Informationen zu sammeln reicht jedoch nicht aus, die Erkenntnisse müssen in ein zielgerichtetes und planvolles politisches Vorgehen einfließen (▶5). Eine bewusste Öffentlichkeitsarbeit ist ein Teil davon: Sie kann nützlich sein, um zu informieren, Handlungsdruck aufzubauen und Rechtsextreme aus der Anonymität zu holen.

Die erste Regel antifaschistischer Öffentlichkeitsarbeit lautet: Eure Informationen müssen stimmen! Es reicht nicht aus, dass etwas sehr wahrscheinlich ist oder es bereits jemand anderes öffentlich als Tatsache dargestellt hat. Sind Falschinformationen erst einmal im Umlauf, können sie Schaden anrichten und häufig nur schwer wieder richtiggestellt werden. Fast ebenso wichtig: Ihr müsst eure Informationen immer gut belegen können. Möchtet ihr was zu konkreten Personen veröffentlichen, müsst ihr zudem immer abwägen, was schwerer wiegt: Das Interesse der Öffentlichkeit an Information oder das Persönlichkeitsrecht der Person, über die berichtet werden soll. Eine einfache rechtliche Antwort darauf gibt es nicht, aber tendenziell gilt: Je stärker sich jemand selbst politisch exponiert, desto eher darf öffentlich über seine politischen Aktivitäten gesprochen werden. Informationen aus der Privatsphäre, also dem Alltagsleben einer Person, sind deutlich strenger geschützt. Die Intimsphäre ist generell tabu. Wenn ihr unsicher seid, kann die Teilnahme an einem Seminar zum Thema Presserecht im Kontext Rechtsextremismus oder eine rechtliche Beratung sinnvoll sein. Kontakte zu kompetenten Anwält*innen hierfür können antifaschistische Zeitschriften und Archive (▶8) oder Strukturen wie die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus vermitteln.

Es gibt viele Arten, Informationen öffentlich zu machen: Eigene Beiträge in sozialen Medien, Blogs, Flugblättern, Broschüren oder antifaschistischen Zeitschriften, Vorträge, Pressemitteilungen, Interviews oder Hintergrundgespräche mit Lokalmedien usw. Überlegt euch jeweils im Vorfeld, wen ihn erreichen möchtet und womit ihr den größten Effekt erzielen könnt. Beiträge in sozialen Medien sind unkompliziert zu veröffentlichen, die Wirkung ist jedoch stark von eurer Reichweite abhängig. Wenn ihr auf soziale Medien setzt, solltet ihr diese regelmäßig aktiv nutzen, die Inhalte dafür optimieren und die Interaktionsdynamiken des jeweiligen Mediums beachten. Wenn ihr nur alle paar Wochen einen Beitrag veröffentlicht, den immer bloß die gleichen drei Leute liken, dürfte die Energie anderweitig besser investiert sein. Blogs können gut für Inhalte geeignet sein, die zu einem späteren Zeitpunkt von anderen mit Suchmaschinen auffindbar sein sollen. Flugblätter erreichen nur die Leute, denen man sie unmittelbar in die Hand drückt oder in den

Briefkasten steckt. Man kann jedoch sehr zielgerichtet bestimmte Gruppen informieren, etwa in einem bestimmten Dorf oder Stadtteil. Broschüren eignen sich dafür, umfangreichere Recherchen mit längerer Halbwertszeit zu veröffentlichen. Gerade wenn man diese auch in antifaschistischen Archiven, öffentlichen Bibliotheken und vielfältig im Internet zugänglich macht, können sie wichtige Beiträge zur Chronik des Rechtsextremismus in der Region sein. Antifaschistische Zeitschriften sind für Beiträge von überregionalem Interesse geeignet. Durch Vorträge könnt ihr gezielt Interessierte informieren und direkt in den Austausch treten, was etwa für Mobilisierungen nützlich sein kann. Wenn ihr noch gezielt Lokaljournalist*innen einladet, erreicht ihr bestenfalls zusätzlich einen weiteren Kreis.

Die Bedeutung von Lokalmedien sollte insbesondere in ländlichen Regionen nicht unterschätzt werden. Damit die Zusammenarbeit funktionieren kann, gilt es jedoch einige Punkte zu beachten. Ganz zentral: Berücksichtigt die Arbeitslogiken der Journalist*innen. Überlange Pressemitteilungen werden beispielsweise in keiner Redaktion gelesen, außerdem müsst ihr unbedingt für Rückfragen zur Verfügung stehen. Häufig muss es im Journalismus schnell gehen, telefonische Erreichbarkeit ist also ein Pluspunkt. Wenn ihr das nicht möchtet, solltet ihr zumindest zeitnah auf E-Mails reagieren. Überlegt euch bei Pressekontakten immer vorher, was euch besonders wichtig ist und konzentriert euch im Gespräch darauf: Häufig schaffen es nur zwei, drei Sätze von euch in einen Artikel – die müssen sitzen. Wenn Journalist*innen merken, dass ihr interessante Gesprächspartner*innen zum Thema Rechtsextremismus seid, melden sie sich bei Bedarf zukünftig oft von alleine bei euch. Hier ist wiederum Erreichbarkeit wichtig, außerdem erleichtert eine personelle Kontinuität die Etablierung eines guten Kontakts. Kommuniziert gegenüber Journalist*innen offen, was euch wichtig ist: Beispielsweise die Nennung eurer Gruppe oder eures Bündnisses als Quelle einer Information oder aber Anonymität. Gleichzeitig müsst ihr akzeptieren, dass Journalist*innen nicht lediglich euer politisches Sprachrohr sind. Sie werden auch anderen Sichtweisen Platz einräumen und nicht alles was sie schreiben, wird euch immer gefallen. Falls ihr aktiv Pressearbeit betreiben möchtet, solltet ihr ein Medientraining absolvieren. Besonders geeignet als Referent*innen sind hierfür Journalist*innen, die selbst zum Thema Rechtsextremismus arbeiten. Zum einen können sie euch die medialen Logiken näherbringen, zum anderen aufzeigen, wie ihr eure spezifischen Inhalte so gut wie möglich kommunizieren könnt.

Egal für welche Variante ihr euch im Einzelnen entscheidet: Wenn ihr was zu sagen habt, kommt ihr an Öffentlichkeitsarbeit nicht vorbei. Lasst euch nicht von möglichen Herausforderungen abschrecken, dafür ist das Potential zu groß. Im Zweifel helfen gute Vorbereitung und die Erinnerung daran, dass ihr wahrscheinlich viel mehr über das Thema Rechtsextremismus in der Region wisst, als die meisten anderen Akteure. ¶

10

MIT RECHTEN REDEN?

Zumeist kommen sie von weißen, deutschen, wohlhabenden Männern, die in der Regel wenig zu befürchten haben: Die Stimmen, die lautstark fordern, man müsse „mit Rechten reden“.

11

Im Alltag ist dies häufig gar nicht zu vermeiden, können einem entsprechende Positionen doch überall begegnen: In der Arbeit, der Familie, der Nachbarschaft, der Kneipe, beim Sport, beim Bäcker etc. Gerade wenn einem die Personen nahestehen und sie womöglich noch kein gefestigt rechtsextremes Weltbild haben, kann der Austausch auch sinnvoll sein. Durch Widerspruch kann deutlich gemacht werden, dass man die Inhalte problematisch findet. Vielleicht klappt es auch, durch beharrliches kritisches Nachfragen Irritationen oder Denkprozesse auszulösen. Wenn man jemand sehr gut kennt, kann man eventuell versuchen, bei den sozialen oder psychischen Ursachen anzusetzen, welche die Person mutmaßlich ansprechbar für die ideologischen Angebote der extremen Rechten machen. Selbst wenn man jemand nicht mehr erreicht, können klarer Widerspruch und Argumente aufgrund der Anwesenheit Dritter sinnvoll sein: Diese dürfen nicht den Eindruck gewinnen, extrem rechte Positionen wären beliebige Meinungen neben anderen. Man kann und braucht jedoch nicht jede Auseinandersetzung zu führen. Es ist auch völlig okay, lediglich seine Ablehnung zum Ausdruck zu bringen und sich nicht auf eine Diskussion einzulassen.

Die Forderung, „mit Rechten zu reden", bezieht sich jedoch primär auf die öffentliche Debatte. Deshalb verhält es sich auf den ersten Blick komplizierter, gilt der Austausch von Argumenten doch als Voraussetzung eines demokratischen Diskurses. Dazu gehört: Andere Standpunkte zuzulassen, auch wenn sie einem widerstreben. In einer Diskussion dazuzulernen oder die eigenen Argumente zu schärfen. Kompromisse zu finden oder bisherige Positionen sogar gänzlich infrage zu stellen. Die Argumente des Gegenübers auf einen Wahrheitskern zu prüfen, selbst wenn sie insgesamt nicht überzeugend sind. Durch einen Perspektivwechsel das Zustandekommen anderer Ansichten zu verstehen usw. In der Praxis steht diesem Ideal einiges entgegen, beispielsweise ungleiche Machtverhältnisse zwischen den Beteiligten. Dennoch ist zumindest der Anspruch stark verbreitet, was durchaus eine wichtige Errungenschaft ist. Zum Problem wird es jedoch, wenn diese Offenheit Rechtsextremen entgegengebracht wird. Denn: An einem demokratischen Diskurs haben diese gar kein Interesse, vielmehr wollen sie ein Ende gesellschaftlicher Debatten und Aushandlungsprozesse erzwingen. Ihr Verhältnis zu demokratischen Verfahrens- und Umgangsformen ist rein funktional. Auf ihrem Weg zur Macht fordern sie zwar zeitweise eine Beteiligung daran ein, zielen letztlich jedoch auf deren Abschaffung.

Woher aber rührt der Drang, Rechtsextreme zu Podiumsdiskussionen einzuladen, sie in Talkshows sprechen zu lassen, ihre Leserbriefe abzudrucken etc.? Die Gründe sind vielfältig: Appeasement, also ein Nachgeben gegenüber der extremen Rechten, in der Hoffnung, diese besänftigen zu können. Eine Unterschätzung der Gefahr des Rechtsextremismus durch fehlende Kenntnisse über dessen Ideologie und Praxis. Partielle Übereinstimmung oder offene Sympathie. Die Absicht, durch öffentliche Kontroversen Aufmerksamkeit für das eigene Format zu erlangen. Das Hochhalten des Ideals eines demokratischen Diskurses, ohne das Vorliegen der dafür notwendigen Voraussetzungen – nämlich demokratischer Beteiligter. Eine Unsicherheit darüber, ob es legitim ist, Rechtsextreme auszuschließen: Gerade öffentlich geförderte Institutionen fürchten regelmäßig negative Konsequenzen, da extrem rechte Parteien und PolitikerInnen oft bewusst ein Zerrbild des staatlichen Neutralitätsgebotes zeichnen. Häufig ist es auch der Glaube, Rechtsextreme durch öffentliche Debatten entzaubern zu können. Das geht meistens nach hinten los, da diese sich eben nicht an die Gepflogenheiten eines demokratischen Diskurses halten. Ihr Denken ist ideologisch, das Ergebnis steht für sie bereits vor der Prüfung eines Sachverhalts bzw. der Argumente des Gegenübers fest. Sie bestreiten Offensichtliches, lenken vom Thema ab und lügen bewusst. Wo man sie lässt, verbreiten sie ihre rassistische, antisemitische und antifeministische Weltanschauung. Wenn sie damit durchkommen, feiern sie sich dafür. Wenn sie davon abgehalten werden, inszenieren sie sich als Opfer eingeschränkter Meinungsfreiheit. Falls sie sich phasenweise zurückhalten, geschieht dies in der Regel aus taktischen Gründen. Die interne Kommunikation ist zudem meist noch radikaler und menschenverachtender als die öffentliche.

Für alle Demokrat*innen sollte deshalb klar sein: Parteien und PolitikerInnen, die Menschenrechte offen in Frage stellen, darf keine Bühne geboten werden. Mit ihnen sollte nicht öffentlich diskutiert werden, da dies ihre Standpunkte ungewollt normalisieren und diskursfähig machen kann. Vielmehr ist es wichtig, antidemokratische Positionen selbstbewusst aus dem Diskurs auszuschließen und zu erklären, warum man dies macht. Die VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist*innen) nutzt dafür seit Jahrzehnten den Slogan „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen". Also: Kein Dialog mit den FeindInnen der Demokratie unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit. „Mit Rechten reden" müssen wir schon im Alltag genug. ¶

Der antifaschistische Journalist, Schriftsteller und Lyriker Kurt Tucholsky hat bereits Anfang der Dreißigerjahre unter Pseudonym ein Gedicht veröffentlicht, das gut zum Thema „Mit Rechten reden" passt. Es hat bis heute nichts an Aktualität verloren:

Rosen auf den Weg gestreut

Ihr müßt sie lieb und nett behandeln,
erschreckt sie nicht – sie sind so zart!
Ihr müßt mit Palmen sie umwandeln,
getreulich ihrer Eigenart!
Pfeift euerm Hunde, wenn er kläfft –:
Küßt die Faschisten, wo ihr sie trefft!

Wenn sie in ihren Sälen hetzen,
sagt: »Ja und Amen – aber gern!
Hier habt ihr mich – schlagt mich in Fetzen!«
Und prügeln sie, so lobt den Herrn.
Denn Prügeln ist doch ihr Geschäft!
Küßt die Faschisten, wo ihr sie trefft.

Und schießen sie –: du lieber Himmel,
schätzt ihr das Leben so hoch ein?
Das ist ein Pazifisten-Fimmel!
Wer möchte nicht gern Opfer sein?
Nennt sie: die süßen Schnuckerchen,
gebt ihnen Bonbons und Zuckerchen …
Und verspürt ihr auch in euerm Bauch
den Hitler-Dolch, tief, bis zum Heft –:
Küßt die Faschisten, küßt die Faschisten,
küßt die Faschisten, wo ihr sie trefft –!

Theobald Tiger, Die Weltbühne, Nr. 13, 31.03.1931.

DIE PLATTFORM NEHMEN

12

In der öffentlichen Sphäre nicht mit Rechten zu reden, ist wichtig und ein guter Anfang – reicht aber leider nicht aus (▶11). Vielmehr sollten Antifaschist*innen dafür sorgen, dass Rechtsextreme politisch möglichst keinen Fuß auf den Boden bekommen. Das heißt: Wo immer sie in die Öffentlichkeit treten, sollte man versuchen, ihnen die Plattform zu nehmen. Das hat vier Gründe: 1.) Sie sollten so wenig Personen wie möglich mit ihren menschenverachtenden Inhalten erreichen. 2.) Wenn ihre Position dauerhaft neben anderen politischen Standpunkten sichtbar ist, können Gewöhnungs- und Normalisierungsprozesse eintreten – das gilt es zu verhindern. 3.) Wenn sie kontinuierlich effektiven Gegenwind bekommen, steigt ihre Frustration und damit die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich zurückziehen. 4.) Fehlender Erfolg ist unattraktiv: Zu Beginn mag eine Inszenierung als Opfer noch ziehen, auf Dauer wollen die AnhängerInnen jedoch nicht Teil eines erfolglosen Projektes sein.
Ansatzpunkte für Interventionen gibt es viele, hier sollen exemplarisch Beispiele aus drei wichtigen Bereichen vorgestellt werden:

VERANSTALTUNGSRÄUME CANCELN

Nur in wenigen Regionen Deutschlands verfügen Rechtsextreme über eigene Immobilien, die für größere Versammlungen geeignet sind. Für Stammtische, Vorträge, Parteitage, Kulturveranstaltungen etc. mieten sie sich deshalb meist in Gasthäuser mit größeren Nebenräumen ein. Wenn sie neue AnhängerInnen gewinnen wollen, müssen sie diese Orte bei der Bewerbung ihrer Veranstaltungen öffentlich machen oder zumindest auf Nachfrage bekannt geben. Hier entsteht eine Chance für Antifaschist*innen aktiv zu werden: Geht auf Gaststätten zu und sucht das Gespräch, wenn diese ihre Räume Rechtsextremen zur Verfügung stellen. Häufig wissen die Wirt*innen gar nicht, dass es sich um Rechtsextreme handelt. Diese reservieren nämlich immer wieder als Privatpersonen und geben keinen Organisationsnamen an. Teils können die Beschäftigten, die eine Reservierung aufnehmen, Organisationen oder Parteien auch nicht gut einschätzen. In solchen Fällen sind die Gastronom*innen häufig dankbar über die Aufklärung und stornieren die Buchung. Es gibt aber auch Wirt*innen, denen der politische Hintergrund gleichgültig ist oder die sympathisieren. Hier kann der Hinweis helfen, dass es öffentlich werden könnte, dass sie wissentlich Rechtsextreme beherbergen oder es vielleicht sogar zu Gegenprotest vor der eigenen Haustür kommt. Wichtig ist: Wenn ihr Gaststätten telefonisch oder persönlich kontaktiert, seid immer freundlich und kooperativ – das erhöht die Chancen, dass euer Anliegen auf offene Ohren stößt. Selbst wenn die Wirt*innen aggressiv reagieren und deshalb ein selbstbewusstes Auftreten nötig ist, sollte es nie zu Drohungen kommen. Manchmal hilft es auch anzubieten, als Ersatz

für die ausgefallenen Einnahmen selbst eine Veranstaltung in der Gaststätte zu machen. Es kann nicht schaden, wenn den Job der Ansprache eine Person übernimmt, die eine gewisse Erfahrung mit schwierigen Gesprächen hat und vor Ort eventuell sogar bekannt ist. Außerdem ist es wichtig dranzubleiben, denn: Die Rechtsextremen werden ziemlich sicher eine Ersatzlocation suchen. Ihr solltet ihre Kanäle also im Auge behalten oder sogar mit falscher Mailadresse in ihrem Mailverteiler sein, um Änderungen mitzubekommen. Das ist alles mühsam, aber wenn man einen langen Atem hat, kann es klappen, dass Rechtsextreme vor Ort kaum noch öffentliche Saalveranstaltungen durchführen können.

FINANZSTRÖME KAPPEN

Rechtsextreme Politik kostet viel Geld. Gerade im außerparlamentarischen Bereich kommt dieses meist von den Aktiven sowie UnterstützerInnen an der Basis selbst. Damit das Geld fließen kann, ist die extreme Rechte auf Konten, PayPal-Accounts und im geringeren Umfang Crowdfunding-Plattformen angewiesen. Hier können Antifaschist*innen ansetzen, was jedoch nicht immer leicht ist. So liegen beispielsweise höchstinstanzliche Urteile vor, dass Sparkassen als öffentlich-rechtliche Kreditinstitute rechtsextremen Parteien nicht einfach das Konto kündigen dürfen. Trotzdem kann man den Zustand öffentlich problematisieren: Kurzfristig dürften die Erfolgsaussichten in vielen Fällen zwar gering sein, aber da nicht alle Rechtsextremen die Rechtsmittel ausschöpfen und sich Rechtsprechung auch verändern kann, lohnt es sich dranzubleiben. Privatbanken und Genossenschaftsbanken haben es allgemein leichter, diese können Konten relativ unproblematisch auflösen. Auch rechtsextremen Einzelpersonen können Sparkassen das Konto nicht einfach kündigen, hier gibt es jedoch Ausnahmen: Wenn die Konten nicht privat, sondern für politische Aktivitäten genutzt werden, stehen die Chancen deutlich besser. Gerade rechtsextreme Influencer verwenden ihr Privatkonto häufig für Spendensammlungen, hier lohnt es sich anzusetzen. Besonders bei regional verankerten Banken kann es nützlich sein, wenn örtliche Multiplikator*innen zunächst diskret auf eine Kündigung hinwirken. Bei überregionalen Banken kann Druck über klassische und soziale Medien ein gutes Mittel sein.

Zahlen im Internet muss unkompliziert und schnell funktionieren, deshalb ist PayPal sehr beliebt – auch Rechtsextreme wissen das zu schätzen. Doch die Chancen, Kündigungen von PayPal-Accounts zu erreichen, stehen nicht schlecht. Immer wieder hat der Konzern nach öffentlichen Problematisierungen bereits Konten gelöscht. Ähnlich verhält es sich bei Crowdfunding-Unternehmen: Diese haben oft Nutzungsrichtlinien, die rechtsextreme Aktivitäten

ausschließen. Die koordinierte Nutzung von Meldemöglichkeiten oder Aufmerksamkeit in sozialen Medien können hier geeignete Mittel sein. Durch öffentlichen Druck kann es also klappen, Rechtsextremen bequeme Finanzierungsmöglichkeiten zu nehmen. Dies ist wichtig, können Finanzierungsprobleme rechtsextreme Projekte doch empfindlich treffen. Gerade in Zeiten, in denen Banken und Zahlungsdienstleister in ihrer Werbung Werte wie Verantwortung, Diversity und Co. hochhalten, sollte man sie in die Pflicht nehmen.

PROFILE LÖSCHEN

Das Vorgehen gegen rechtsextreme Profile in sozialen Netzwerken gleicht dem Versuch, der Hydra ihren Kopf abzuschlagen: Bis ein Account gelöscht wurde, sind mehrere neue entstanden. Auf die Löschung beliebiger, kleiner Accounts hinzuwirken, ist also nur bedingt sinnvoll. Es kann jedoch einen großen Effekt haben, wichtige Accounts ins Visier zu nehmen – etwa solche mit großer Reichweite oder unmittelbar gefährlichen Inhalten. Nach einer endgültigen Löschung auf den großen Plattformen weichen die BetreiberInnen zwar oft auf alternative Szeneanbieter aus, dort ist ihre Reichweite jedoch erheblich geringer und sie erreichen nur ihr eigenes Milieu. Die Kriterien, nach denen Anbieter Profile mit rechtsextremen Inhalten löschen, sind sehr undurchsichtig. Als Faustregel kann jedoch gelten: Wiederholte Verstöße gegen die Nutzungsrichtlinien, offensichtliche Strafbarkeit, viele Meldungen durch aufmerksame Nutzer*innen, Presseanfragen oder die Intervention von Sicherheitsbehörden erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass ein Account dauerhaft verschwindet. Koordinierte Meldeaktionen, Strafanzeigen und öffentlicher Druck können also nützlich sein. Wenn ihr gezielt gegen einen Account vorgehen wollt, legt euch eine Strategie zurecht und verfolgt sie konsequent. Achtet dabei auch auf Eigensicherheit: Verwendet beim Melden von rechtsextremen Accounts nicht eure privaten Accounts und macht euch bewusst, welche Gefahren Strafanzeigen in Bezug auf eure persönlichen Daten mit sich bringen können (▶14). ¶

GEGENPROTEST

Lange Zeit galt in der antifaschistischen Bewegung:
Kein rechtsextremer Aufmarsch ohne Gegenprotest.
Gerne deutlich größer, lauter und bestenfalls mit mehr
als nur einer symbolischen Störung der Rechtsextremen.

13

In dem Maße, wie rechtsextreme Mobilisierungen im Kontext von Pegida und Co. ab Mitte der Zehnerjahre zugenommen haben und die antifaschistische Bewegung zumindest auf der Straße schwächer wurde, ist das leider nicht mehr die Regel. Zwar ist verständlich, dass man nicht gegen alle Kleinstkundgebungen groß mobilisieren kann, wenn diese mancherorts mehrmals die Woche stattfinden. Doch gerade wenn zu Beginn von rechtsextremen Kampagnen die Dynamik noch gebrochen werden kann, viele TeilnehmerInnen zu erwarten sind, sich konkrete Gefahren abzeichnen oder eine Normalisierung der Proteste droht, sind antifaschistische Gegenmobilisierungen so wichtig wie eh und je.

Zum einen um ganz konkret die Handlungsspielräume der Rechtsextremen einzuschränken: Zu verhindern, dass sie ungestört Passant*innen ansprechen können. Ihre Hetze und Lügen nicht unkommentiert stehen zu lassen. Sie zu übertönen. Unentschlossene UnterstützerInnen abzuschrecken. Den TeilnehmerInnen durch Stress und Misserfolge die Motivation zu nehmen. Durch Präsenz potentielle Betroffene rechter Gewalt zu schützen usw. Neben der unmittelbaren Störung ist auch die öffentliche Wirkung von Gegenprotesten zentral: Ein großer antifaschistischer Protest zeigt, dass die Rechtsextremen eine Minderheitenposition vertreten. Damit wird es unwahrscheinlicher, dass Medien und Politik die Stimme der Rechtsextremen als die der schweigenden Mehrheit deuten und sich daran orientieren. Mit etwas Glück klappt es, durch Gegenproteste und eine gute begleitende Medienarbeit den Fokus der Presse zu verlagern und progressive, antifaschistische Inhalte in die Öffentlichkeit zu tragen – in jedem Fall dürfte die Hetze der Rechtsextremen nicht mehr unkommentiert abgedruckt werden. Darüber hinaus sorgt antifaschistischer Gegenprotest meist dafür, dass die Polizei stärker vertreten ist. Teilweise werden rechtsextreme Versammlungen dann sogar mit Polizeigittern abgesperrt, was ihrer Außenwirkung schadet. Gerade wenn von einer rechtsextremen Versammlung eine unmittelbare Gefahr ausgeht, können dies nützliche Effekte sein. Auch die Arbeit von Journalist*innen wird durch die Anwesenheit von Gegenprotest oft sicherer, da sich die Rechtsextremen nicht mehr ausschließlich auf sie konzentrieren und auch die Polizei aufmerksamer ist. Nicht zuletzt können Proteste gegen rechtsextreme Versammlungen zur Stärkung der antifaschistischen Bewegung beitragen: Die eigene Sichtbarkeit wird erhöht und Interessierte können sich anschließen. Durch gemeinsame Erlebnisse lernt man sich besser kennen und Vertrauen kann wachsen. Erfolge können das Gefühl der Selbstwirksamkeit steigern. Selbst Niederlagen und stressige Situationen können wichtige Effekte haben: Bestenfalls die Erfahrung, sie durch ein solidarisches Miteinander gut überstehen zu können.

Es gibt kein Patentrezept für guten Gegenprotest. Macht euch von Fall zu Fall Gedanken, was ihr erreichen möchtet, was eure Möglichkeiten sind und gestaltet den Protest entsprechend. Wenn gewohnte bis ritualisierte Protestformen euren Zielen entgegenstehen, brecht damit: „Das wurde schon immer so gemacht", ist auch bei Antifaschist*innen ein schlechtes Argument. Die Organisation von Gegenprotest ist aufwändig, es fallen sehr viele sichtbare und unsichtbare Aufgaben an. Neben offensichtlichen Dingen wie der Anmeldung einer Versammlung oder dem Halten von Redebeiträgen muss sich beispielsweise auch jemand um den An- und Abtransport von Kundgebungsmitteln, die Pressearbeit (▶10) und die Sicherheit (▶7) kümmern. Überlegt euch im Vorfeld welche Aufgaben anfallen, erstellt Checklisten und verteilt die einzelnen Punkte verbindlich. Auch den Überblick zu behalten und dafür zu sorgen, dass alle Aufgaben zuverlässig erledigt werden, sollte nicht vergessen werden. Falls ihr noch nicht viel Erfahrung habt, bittet andere antifaschistische Gruppen und Bündnisse oder die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus um Unterstützung. Vielleicht könnt ihr euch an Checklisten orientieren, die andere bereits für ähnliche Zwecke ausgearbeitet haben. Mit der Zeit sammelt ihr eigene Erfahrungen, entwickelt Routinen und der Aufwand wird geringer. Und wenn ihr merkt, dass ihr den Rechtsextremen erfolgreich einen Strich durch die Rechnung gemacht habt, hat sich der ganze Stress gelohnt – versprochen.¶

Es gibt kein Patentrezept für guten Gegenprotest. Macht euch von Fall zu Fall Gedanken, was ihr erreichen möchtet, was eure Möglichkeiten sind und gestaltet den Protest entsprechend.

POLIZEI & JUSTIZ

Schon in Kinderbüchern wird vermittelt: Wenn einem Böses widerfährt oder man es beobachtet, ruft man die 110. Die Polizei kommt und hilft einem. Man erstattet Anzeige und am Ende werden die Täter*innen vor Gericht gestellt und bestraft. Die Realität ist – wenig überraschend – komplizierter.

Aktiven Antifaschist*innen wird das immer wieder deutlich vor Augen geführt: Die Polizei setzt einen Aufmarsch von Neonazis unter Einsatz von Gewalt durch, obwohl diese die Demokratie samt Versammlungsfreiheit lieber heute als morgen abschaffen würden. AntisemitInnen landen nicht vor Gericht, obwohl sie mit widerwärtigen Holocaustvergleichen die Opfer und ihr Leid verhöhnen. Ermittlungsverfahren gegen Rechtsextreme werden eingestellt, obwohl sie Antifaschist*innen beleidigt oder bedroht haben. Diese und viele weitere Situationen machen deutlich, dass Polizei und Justiz im Kampf gegen Rechtsextremismus häufig ein stumpfes Schwert sind. Das hat primär strukturelle Gründe, individuelle Ignoranz oder sogar Sympathie für die extreme Rechte sind dafür nicht notwendig. Denn selbst wenn es dem eigenen Rechtsempfinden noch so sehr zuwiderläuft: Nicht alles, was politisch und moralisch problematisch bis unerträglich ist, ist auch verboten. Das soll kein Aufruf zur Resignation sein, vielmehr ein Plädoyer zur Hinterfragung eines naiven Rechtsidealismus.

Die Auschwitz-Überlebende und Antifaschistin Esther Bejarano hat es auf den Punkt gebracht: „Wer gegen die Nazis kämpft, der kann sich auf den Staat nicht verlassen." Das heißt zum einen, eine starke antifaschistische Bewegung aufzubauen, die unabhängig von staatlichen Institutionen handlungsfähig ist. Zum anderen muss gesellschaftlicher Druck auf Staat und Politik erzeugt werden, bestehendes Recht konsequent gegen die extreme Rechte anzuwenden und Spielräume auszunutzen. Forderungen nach neuen Gesetzen sollten nicht reflexhaft erfolgen, sondern nur nach eingehender Prüfung möglicher Konsequenzen, können daraus doch immer Einschränkungen für die Freiheitsrechte insgesamt entstehen. Allgemein gilt: Recht fällt nicht vom Himmel, sondern ist immer Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Problematische Aspekte im Recht, etwa in Bezug auf strukturellen und institutionellen Rassismus, sollten deshalb kritisiert, progressive Potentiale verteidigt und ausgeschöpft werden.

Was in der Theorie leicht klingt, ist in der antifaschistischen Praxis schon im Kleinen oft schwierig. Soll ich einen Rechtsextremen anzeigen, wenn er mich am Rande einer Kundgebung bedroht hat? Eine allgemeingültige Antwort darauf kann es kaum geben, spielen doch viele Faktoren eine Rolle: Wie eindeutig war die Drohung? Habe ich Beweise oder Zeug*innen? Kenne ich den Namen der Person, falls die Polizei sich vor Ort weigert, eine Anzeige oder die Personalien aufzunehmen? Stehe ich bereits in der Öffentlichkeit oder möchte ich meine Daten schützen? Diese und viele weitere Fragen müssen abgewogen werden. Seid euch dabei stets bewusst, dass Anzeigen auch Gefahren bergen. Im Strafverfahren können Rechtsextreme zum Beispiel über ihre Anwält*innen Akteneinsicht

nehmen und an eure Adressen gelangen. Zwar gibt es die Möglichkeit, bei frühzeitiger Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft eine andere ladungsfähige Anschrift zu hinterlegen, in der Realität klappt dies jedoch oft nicht. Euren Namen und die möglicher Zeug*innen bekommen die Rechtsextremen in jedem Fall. Gerade bei gewalttätigen rechten Personen oder Strukturen können daraus ernste Gefahren entstehen. Hinzu kommt, dass Anzeigen oft fingierte Gegenanzeigen nach sich ziehen. Rechtsextreme Taten nicht anzuzeigen, führt jedoch ebenfalls zu Problemen: Die TäterInnen merken, dass ihr Handeln keine Konsequenzen hat und fühlen sich ermutigt weiterzumachen. Außerdem fließen rechte Straftaten so nicht in die Kriminalstatistik ein, wodurch der Eindruck entsteht, das Problem wäre gar nicht so groß – gerade in der politischen Auseinandersetzung sind derlei Aspekte nicht zu unterschätzen. Wägt eure Entscheidung in Bezug auf Anzeigen also immer gut ab. Holt euch im Zweifel Unterstützung von Beratungsstellen für Betroffene rechter Drohungen und Gewalttaten oder darauf spezialisierte Anwält*innen. Dies gilt umso mehr, als rechte Netzwerke bei der Polizei leider nicht als zu vernachlässigende Einzelfälle betrachtet werden können: Im Zuge einer gestiegenen Sensibilität für das Thema flogen etwa seit dem Jahr 2020 überall in der Republik rechte Chatgruppen innerhalb der Polizei auf, alleine in Hessen wurden 67 davon bekannt. In verschiedenen gefährlichen „Reichsbürger"-Gruppen und potentiell rechtsterroristischen Prepper-Strukturen waren neben Soldaten auch Polizeiangehörige aktiv. Daten aus Polizeicomputern wurden an Rechtsextreme weitergegeben, Waffen und Munition zur Vorbereitung eines Umsturzes zur Seite geschafft. Polizist*innen sollten deshalb nicht unter Generalverdacht gestellt werden, ignoriert oder kleingeredet werden darf der Zustand jedoch ebenso wenig. Schließlich verkörpert die Polizei das Gewaltmonopol des Staates, woraus eine besondere Verantwortung resultiert.

Was bleibt? Sich einerseits keine Illusionen über den Status quo in Bezug auf Polizei und Justiz in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten zu machen und stets abwägend vorzugehen, andererseits auf gesellschaftliche Verhältnisse hinzuwirken, in denen das nicht mehr nötig ist.¶

ERINNERUNGS- & GEDENKKULTUR

Gespräche mit Überlebenden des Nationalsozialismus oder aus dem Widerstand waren lange Zeit prägend für eine antifaschistische Erinnerungs- und Gedenkpraxis. Viele Zuhörer*innen wurden davon nachhaltig beeinflusst: Das gelernte Faktenwissen über das NS-System war nicht länger abstrakt, sondern sehr konkret.

Die Unmittelbarkeit der Berichte hat – bei aller Begrenztheit – ein empathisches Reflektieren gefördert und oft starke Emotionen ausgelöst. Noch viele Jahre später erinnern sich Zuhörer*innen daran, dass dies wichtige Momente der politischen Selbstverpflichtung für sie waren: Künftig stärker daran mitzuwirken, dass sich ähnliche Verbrechen nicht wiederholen. Solche Erlebnisse wird es mit dem Sterben der letzten Zeitzeug*innen künftig deutlich weniger geben. Zwar berichten teilweise auch deren Kinder und Enkel von den Erfahrungen ihrer Familienangehörigen sowie den intergenerationellen Auswirkungen und es gibt viele aufgezeichnete Interviews, vollständig ersetzen können diese das direkte Gespräch jedoch nicht. Die starke Emotionalisierung bei Zeitzeug*innengesprächen konnte bei zu wenig empirischen und theoretischen Wissen gleichwohl Gefahren bergen, denn: Erinnerungen sind Erinnerungen und keine verallgemeinerbaren historischen Fakten, hinzu kam – verständlicherweise – eine mögliche eigene politische Agenda der Überlebenden. Dennoch wird ein Antifaschismus ohne solch emotionale Erfahrungen künftig ärmer sein. Hier gilt es anzusetzen und zu überlegen, wie ein Erinnern und Gedenken künftig gestaltet werden kann, das sowohl auf die Vermittlung von Wissen als auch emotionale Involviertheit setzt.

Über Jahrzehnte haben Verdrängung und Verharmlosung den Umgang mit der NS-Geschichte in Deutschland bestimmt. Spätestens seit der Jahrtausendwende inszeniert sich die Bundesrepublik jedoch als Aufarbeitungsweltmeister, der Nationalsozialismus gilt als erfolgreich bewältigt. Dass dies mehr mit einer Sehnsucht nach nationaler Normalität als der Realität in der postnazistischen Gesellschaft zu tun hat, liegt auf der Hand: Die Auseinandersetzung mit den Bedürfnissen der NS-Opfer war und ist unzureichend, die Verdrängung der TäterInnenschaft ist nach wie vor ein Breitenphänomen und die ideologischen und strukturellen Kontinuitäten im Nachkriegsdeutschland sind bisher höchstens angekratzt. Mit der Veränderung der staatlichen Erinnerungs- und Gedenkpolitik geht gleichwohl eine begrüßenswerte stärkere Sichtbarkeit der Opfer einher, ebenso jedoch eine Ritualisierung mit der Tendenz zum Selbstreferentiellen sowie eine Nutzbarmachung für tagespolitische Zwecke. Auch offene Angriffe auf die Erinnerungspolitik gibt es weiterhin, in den letzten Jahren primär durch die AfD: Höcke bezeichnete das Holocaust-Mahnmal in Berlin etwa als „Denkmal der Schande", Gauland sprach vom Nationalsozialismus als „Vogelschiss" in der deutschen Geschichte. In dieser Gemengelage ist es für Antifaschist*innen nicht immer leicht, eine eigene Position zu finden. Klar ist: Alle Angriffe auf das Erinnern und Gedenken – jede Verhöhnung der Opfer und ihres Leides, jede Relativierung oder Verherrlichung des Nationalsozialismus – müssen entschlossen

abgewehrt werden. Demokratische Politiker*innen sollten selbstbewusst aufgefordert werden, ihrem „Nie wieder!“ an Gedenktagen auch im Alltag Konsequenzen folgen zu lassen. Ebenso selbstverständlich sollten eine aktive Nutzung und Unterstützung der bestehenden Gedenkstätten und Bildungsorte als institutionalisierte Akteure der kritischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus sein.

Darüber hinaus wäre eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der Fläche und damit vor der jeweils eigenen Haustüre notwendig: Wer waren die Opfer vor Ort? Wie lief ihre Entrechtung, Verfolgung und Ermordung konkret ab? Was hat ihr Leben davor und – sofern sie überlebt haben – danach ausgemacht? Wer waren die TäterInnen in der Region, was hat sie ideologisch motiviert, an welchen Verbrechen waren sie beteiligt, sind sie dafür bestraft worden? Welche örtlichen Unternehmen haben durch Arisierung oder Zwangsarbeit vom Nationalsozialismus profitiert, hat damit bereits eine ernsthafte Auseinandersetzung stattgefunden? Was ist über regionale KZ-Außenlager oder Todesmärsche bekannt, warum werden diese erinnert oder beschwiegen? Ein Fokus auf die Region kann helfen, die Verbrechen des Nationalsozialismus mit der eigenen Lebensrealität in Verbindung zu bringen und damit emotionale Zugänge zu schaffen. Die TäterInnenschaft explizit in den Blick zu nehmen, würde die massenhafte Involviertheit sichtbar machen und der Exotisierung und Pathologisierung von NS-TäterInnen entgegenwirken – auch die Auseinandersetzung mit der eigenen Familiengeschichte kann hierfür nach wie vor viel Potential bieten. Anknüpfungspunkte für ein solch forschendes Lernen gibt es viele: Geschichtswerkstätten, die seit Jahrzehnten zum Nationalsozialismus in der Region arbeiten. Politische Initiativen, die sich intensiv mit bestimmten Tatorten oder Verbrechen beschäftigen. Heimatforscher*innen, die Führungen durch KZ-Außenlager vor Ort anbieten. Historiker*innen, die Workshops zur Erforschung von Opferbiographien oder NS-Familiengeschichten anbieten usw. Häufig sind gerade die ehrenamtlich arbeitenden Strukturen in diesem Bereich überaltert und freuen sich über Interesse oder Mitarbeit von Jüngeren. Hier könnte an antifaschistische Traditionen angeknüpft werden, die in den letzten Jahrzehnten im Zuge der Professionalisierung und Institutionalisierung der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus verschüttet gegangen sind. Die Freilegung von historisch abgesicherten Faktenwissen und die emotionale Auseinandersetzung können dabei Hand in Hand gehen.

ERINNERUNGS- & GEDENKKULTUR

Der antifaschistische Anspruch „Weder TäterInnen noch Opfer sind vergessen“ muss mit Leben gefüllt werden, wenn er nicht zur Pose verkommen soll, die man bei anderen Akteuren zu Recht kritisiert. ¶

15

SOLIDARITÄT

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremen ist kein Zuckerschlecken. Antifaschistische Aktivitäten ziehen leider regelmäßig unangenehme Reaktionen nach sich: Bedrohungen und Angriffe, Beschädigungen von Autos und das Beschmieren von Hausfassaden, die Veröffentlichung von diffamierenden Behauptungen und Steckbriefen im Internet, Anzeigen wegen vermeintlicher Beleidigungen und Persönlichkeitsrechtsverletzungen usw.

Stets geht es darum, Antifaschist*innen einzuschüchtern und von ihren Aktivitäten abzuhalten. Gerade bei Protesten gegen rechtsextreme Versammlungen entstehen außerdem immer wieder Situationen, die rechtliche Schwierigkeiten nach sich ziehen können: Durch Honorare für Anwält*innen oder mögliche Strafen können dabei schnell hohe Kosten entstehen. Unmittelbar erwischt all das meist nur Einzelne, treffen kann es jedoch alle, die gegen Rechtsextremismus aktiv sind. Die Einschüchterungsversuche zeigen deshalb häufig auch Wirkung bei denen, die nicht persönlich betroffen sind.

Schon aufgrund dieses kollektiven Effektes kann es darauf nur eine Antwort geben: Solidarität, also das wechselseitige Vertrauen darauf, auf Basis gemeinsamer Überzeugungen und Interessen füreinander einzustehen. Solidarität hat dabei soziale, politische und materielle Aspekte: Nach Angriffen muss die betroffene Person sich darauf verlassen können, dass sie mit ihrer Wahrnehmung der Situation ernstgenommen und nach Möglichkeit entsprechend ihrer Bedürfnisse unterstützt wird. Sich von Mitstreiter*innen abzuwenden, nur weil es Gegenwind gibt, sollte sich verbieten. Um solidarisch zu sein, brauche ich nicht alles was die Person getan haben soll abschließend klug oder richtig finden, solange die geteilten Werte und Normen nicht verletzt wurden. Nicht zuletzt muss verhindert werden, dass die betroffene Person in finanzielle Schwierigkeiten gerät. Wenn durch Angriffe oder rechtliche Auseinandersetzungen Kosten entstehen, sollten diese kollektiv aufgefangen werden. Bestenfalls muss Solidarität nicht aktiv von den Betroffenen eingefordert werden, denn diese haben meist akut schon mehr als genug Stress. Vielmehr sollten wir in unseren Strukturen und Bündnissen ein Klima der Aufmerksamkeit und Unterstützung schaffen, in dem aktiv nach den Bedürfnissen der Betroffenen gefragt wird und ihnen Angebote gemacht werden. Um im Ernstfall nicht komplett überfordert zu sein, sollte man sich bereits im Vorfeld gemeinsam Gedanken über mögliche Gefahren machen, Abläufe für den Ernstfall vereinbaren, Geld sammeln usw. Eine solidarische Bezugnahme macht idealerweise nicht an den Grenzen des eigenen antifaschistischen Bündnisses Halt: Auch nicht organisierte Betroffene von rechten Drohungen und Gewalttaten sollten möglichst unterstützt werden.

Es stimmt schon: „Nicht Müsli oder Quark, Solidarität macht stark". Diese ist aber mehr als nur eine Art politische Rechtsschutzversicherung oder ein Mittel gegen die Vereinzelung und den Rückzug von Betroffenen von Angriffen – so wichtig diese Funktionen zur Stärkung der antifaschistischen Bewegung auch sind. Vielmehr sollte Solidarität als grundlegendes Prinzip unsere antifaschistische Politik prägen, ist sie doch das Gegenmodell schlechthin zur Ideologie und Praxis der extremen Rechten. ¶

KULTUR

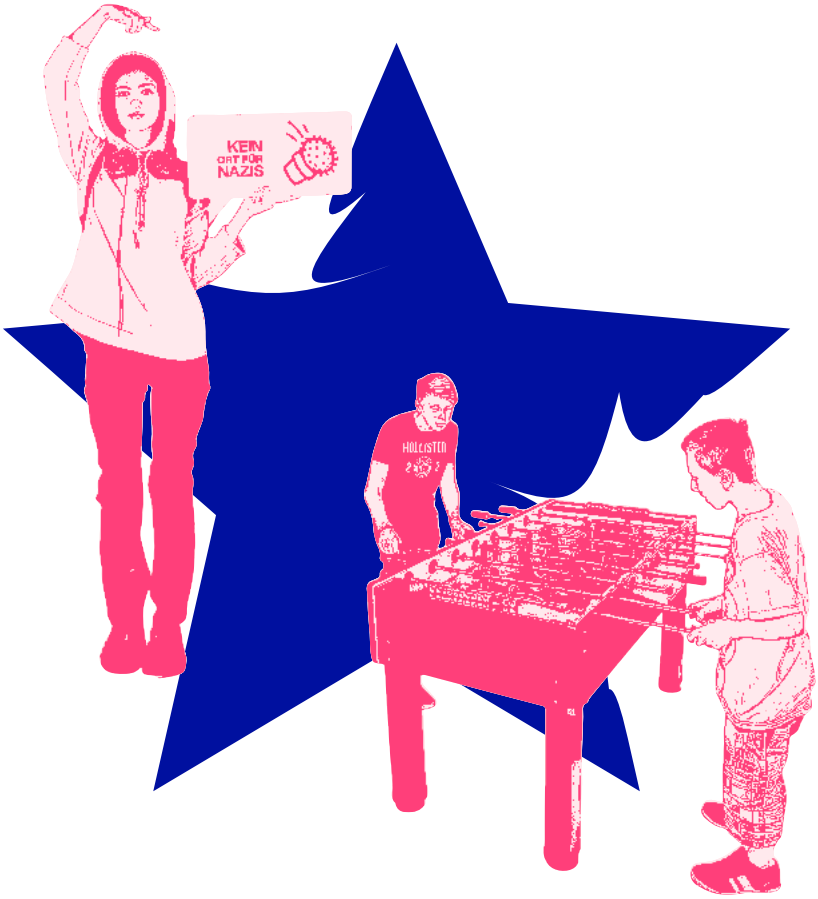
Machen wir uns nichts vor: Musiker*innen wie die Toten Hosen, die Ärzte oder Danger Dan dürften mehr zur Sensibilisierung gegenüber Rechtsextremismus beigetragen haben, als die meisten antifaschistischen Kampagnen.

Mit ihrer Musik erreichen sie sehr viele Hörer*innen und verbreiten die Botschaft: Nazis und Rassismus gehen gar nicht! Freund*innen subkultureller Nischen mögen den kommerziellen Charakter kritisieren, Linke die teilweise recht oberflächliche Gesellschaftskritik. Ausschließlich in der eigenen Szenesuppe zu kochen, hat jedoch nun mal wenig gesellschaftlichen Effekt. Und Musik ist eben Musik und kein Theorieseminar. Schaut man sich zudem an, wie viele der Kritiker*innen selbst durch die Musik solcher Bands mit politisiert wurden, drängt sich der Verdacht auf, dass hier primär ein Abgrenzungsbedürfnis greift. Dieses mag individuell erklärbar sein, grundsätzlich gilt jedoch: Die Verankerung einzelner antifaschistischer Positionen in breiten Teilen der Gesellschaft darf keinesfalls unterschätzt werden. Dies führt nicht automatisch zu einer antifaschistischen Hegemonie, beeinflusst jedoch das gesellschaftliche Klima und schafft wichtige Anknüpfungspunkte. Deshalb: Es braucht mehr erfolgreiche Musiker*innen im Mainstream, die sich klar und nicht nur als einmalige Pose gegen Rechtsextremismus positionieren! Wenn sie dann noch konkret antifaschistische Aktivitäten unterstützen, umso besser.

Da die wenigsten Antifaschist*innen bekannte Musiker*innen sind, sollten auch Aspekte der Alltagskultur in den Blick genommen werden. Gerade in ländlichen Räumen macht es beispielsweise oft einen riesigen Unterschied, ob es selbstverwaltete Jugend- und Kulturzentren gibt oder nicht. Primär scheint es dort um Freizeitgestaltung und Spaß zu gehen, tatsächlich lernen die jungen Leute jedoch unglaublich viel: Alltägliche Diskussions- und Aushandlungsprozesse zu bestreiten, Verantwortung zu übernehmen, zu organisieren, ihr Umfeld aktiv zu gestalten, sich politisch einzubringen, künstlerische Gehversuche zu unternehmen usw. Kurz: Dort findet wichtige demokratische und kulturelle Bildung statt. Es ist deshalb kein Wunder, dass viele dieser Zentren Orte der Politisierung und teilweise schon seit Generationen wichtige Pfeiler des antifaschistischen Engagements vor Ort sind. Selbstverwaltete Jugend- und Kulturzentren sollten also unbedingt erhalten und ausgebaut werden – nicht nur dort, wo es ein besonders ausgeprägtes Problem mit Rechtsextremismus gibt.

Im progressiven Teil des Kulturbetriebs größerer Städte ist es vermeintlich eine Selbstverständlichkeit, „gegen rechts“ zu sein. Wenn es bei Lippenbekenntnissen bleibt, ist dadurch jedoch nicht viel gewonnen. Neben der explizit kulturellen Auseinandersetzung mit antifaschistischen Themen bieten sich viele weitere Möglichkeiten an: Theater können pro verkaufter Karte einen Euro an das lokale Bündnis gegen Rechts spenden – wenn dies nicht dauerhaft geht, dann eben nur einen Monat pro Jahr. Solche Aktionen sind substantielle Positionierungen und gehen über das Symbolische

hinaus. Konzert- und Veranstaltungsorte können sich in ihrer Hausordnung selbst dazu verpflichten, dass Künstler*innen, die in der Vergangenheit durch rassistische, antisemitische und antifeministische Inhalte aufgefallen sind, bei ihnen nicht auftreten dürfen. Das ist nicht nur ein Statement, sondern zwingt auch zur kritischen Auseinandersetzung, wenn von Dritten Kritik wegen eines Acts formuliert wird. Kulturkneipen können schon am Eingang sichtbar machen, dass rechtsextreme Positionen bei ihnen keinen Platz haben und Gäste im Falle eines Falles auch wirklich vor dir Tür setzen. Geht auf Freund*innen und Bekannte im Kulturbereich zu und überlegt gemeinsam, was im Einzelfall gut passen könnte. Es gibt also auch in der Stadt viel zu tun und nicht immer ist alles wirklich so klar, wie viele das gerne glauben wollen.



Egal auch welcher Ebene: In der Kultur sollte Antifaschismus Normalität sein, bestenfalls jenseits von folgenlosen Bekenntnissen und platten Parolen. ¶

VEREINE & VERBÄNDE

18

Wer im Dorf lebt, kommt kaum an ihnen vorbei: Fußballverein, Feuerwehr, Landjugend und Co. In der Demokratieforschung werden sie häufig relativ unkritisch als wichtige Orte gesellschaftlicher Integrations- und Aushandlungsprozesse betrachtet, viele junge Antifaschist*innen nehmen sie dagegen oft recht pauschalisierend als „Horte des Bösen" wahr.

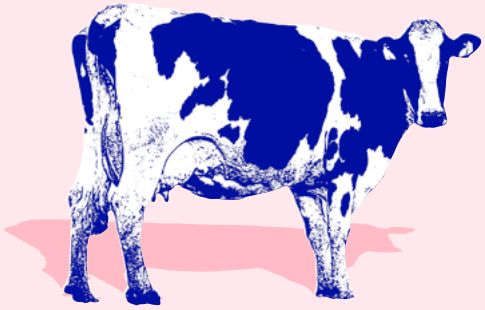
In jedem Fall sind Vereine und Verbände als Form der Zivilgesellschaft in ländlichen Räumen wichtige Instanzen und prägen das Klima vor Ort entscheidend mit. Nicht zuletzt deshalb tauchen sie in den Strategiepapiern der extremen Rechten immer wieder als wichtige Aktionsfelder auf. Ihre Hoffnung: Das, was junge Antifaschist*innen rund um die Volljährigkeit häufig aus den Vereinen und Verbänden treibt – Traditionalismus, Lokalpatriotismus, Konformitätsdruck, eine geringe Sensibilität für Diskriminierung usw. –, für sich nutzbar machen zu können. Ob dies gelingt oder nicht, hängt ganz entscheidend von zwei Faktoren ab: Zum einen der Position, aus welcher heraus die Rechtsextremen versuchen Einfluss zu nehmen. Sind sie selbst seit Jahr und Tag im Verein bzw. Verband aktiv und übernehmen dort wichtige Funktionen oder kommen sie – erkennbar instrumentell – von außen? Zum anderen ist entscheidend, wie sich die prägenden Figuren in den Vereinen und Verbänden verhalten bzw. welche Kultur dort vorherrscht. Ist man offen, erkennt rechte Vorfälle und positioniert sich im Zweifel klar oder werden Probleme eher totgeschwiegen?

In der Praxis führen die unterschiedlichen Konstellationen immer wieder zu irritierenden Phänomenen: In Ort A ist der engagierte Jugendtrainer des Fußballvereins zugleich bei einer neonazistischen Partei aktiv, niemand stört sich daran und er kann als Kandidat zur Landtagswahl im Ort zweistellige Ergebnisse einfahren – schließlich kennt und schätzt man ihn. Im Nachbarort B mobilisiert die Landjugend gegen eine rassistische Kundgebung der gleichen Partei, prägt den Gegenprotest maßgeblich und spendet den Gewinn ihres Kuchenverkaufs an eine Flüchtlingsinitiative. Denn schon die vorherigen Generationen im Verband haben sich gegen Rassismus engagiert, das Klima in der Gruppe entsprechend geprägt und pflegen noch heute ein gutes Verhältnis zu den Aktiven. Es kann sich also lohnen, die Auseinandersetzung um die Kultur in Vereinen und Verbänden in ländlichen Räumen zu führen. Dies gilt umso mehr, als es sich häufig um die einzigen Angebote vor Ort handelt. Impulse für positive Veränderungen müssen dabei in der Regel

aus der Mitte der Aktiven selbst kommen, Kritik von außen wird häufig abgewehrt. Ohne es jungen Antifaschist*innen vorzuwerfen, wenn sie sich dem nicht immer einfachen Klima in Vereinen oder Verbänden im Dorf nicht länger aussetzen können oder wollen: Sie sind oft die Einzigen, die dieses Klima mittelfristig ändern könnten.

Wie so oft in der Vereins- und Verbandsarbeit gilt dabei: Diejenigen, die bereit sind Verantwortung und Aufgaben zu übernehmen, haben häufig viel Gestaltungsspielraum. Und: Machen statt reden! Für tiefgreifende gesellschaftskritische Debatten lassen sich mutmaßlich weniger Mitglieder gewinnen, als wenn es darum geht, praktisch anzupacken. Warum also als Sportverein nicht ein Angebot entwickeln, mit dem gezielt Flüchtlinge aus der lokalen Unterkunft angesprochen werden? Nachwuchs ist immer gut und beide Seiten können von alltäglichen, unaufgeregten Kontakten profitieren. Oder man lädt als Feuerwehr jemand aus der benachbarten Stadt ein, der als Mechaniker auf einem Seenotrettungsschiff mitgearbeitet hat und von seinen Erfahrungen berichtet. Vielleicht finden sich im Nachgang zwei, drei Leute aus der Runde, die ihr technisches Know-how bei der nächsten Wartung des Schiffes in einem deutschen Hafen praktisch einfließen lassen – und danach bestimmt wiederum viel zu erzählen haben. Und was spricht dagegen, dass die Landjugend eine Exkursion zu einem ehemaligen KZ-Außenlager im Landkreis organisiert und dazu noch andere Vereine einlädt? Der Fokus auf die Region kann helfen, das Interesse an der Auseinandersetzung mit dem Thema zu steigern. Selbstverständlich ist es auch wichtig, in Vereinen und Verbänden rassistischen, antisemitischen und antifeministischen Sprüchen entschieden zu widersprechen. Das wird nicht immer konfliktfrei ablaufen, aber ohne Reibung keine Bewegung. Es ist deshalb wichtig, sich von Anfang an Verbündete zu suchen.

Ohne einen langen Atem geht nichts, Fortschritt stellt sich nicht von heute auf morgen ein. Sich genervt abzuwenden, die eigenen Hobbys aufzugeben und das Feld potentiell den Rechten zu überlassen, ist jedoch auch keine gute Alternative. ¶



POLITIK & VERWALTUNG

„Alles muss man selber machen!“ ist in antifaschistischen Kreisen ein geflügeltes Wort. Tatsächlich war es in der Geschichte der Bundesrepublik über die längste Zeit so, dass ohne das Engagement von Antifaschist*innen kaum eine kritische Auseinandersetzung mit der extremen Rechten stattgefunden hätte.

Diese Situation hat sich in den letzten zwanzig Jahren verändert: In vielen Regionen kommen Impulse zur Beschäftigung mit dem Phänomen Rechtsextremismus heute auch aus den Bereichen Bildung, Kultur, Politik und Verwaltung. Zu verdanken ist diese erhöhte Sensibilität nicht zuletzt dem langen Atem aktiver Antifaschist*innen. Dennoch ist insbesondere das Verhältnis zu Politik und Verwaltung auch heute nicht immer unkompliziert. Es gilt also dranzubleiben, da beide Akteure die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten vor Ort stark beeinflussen können.

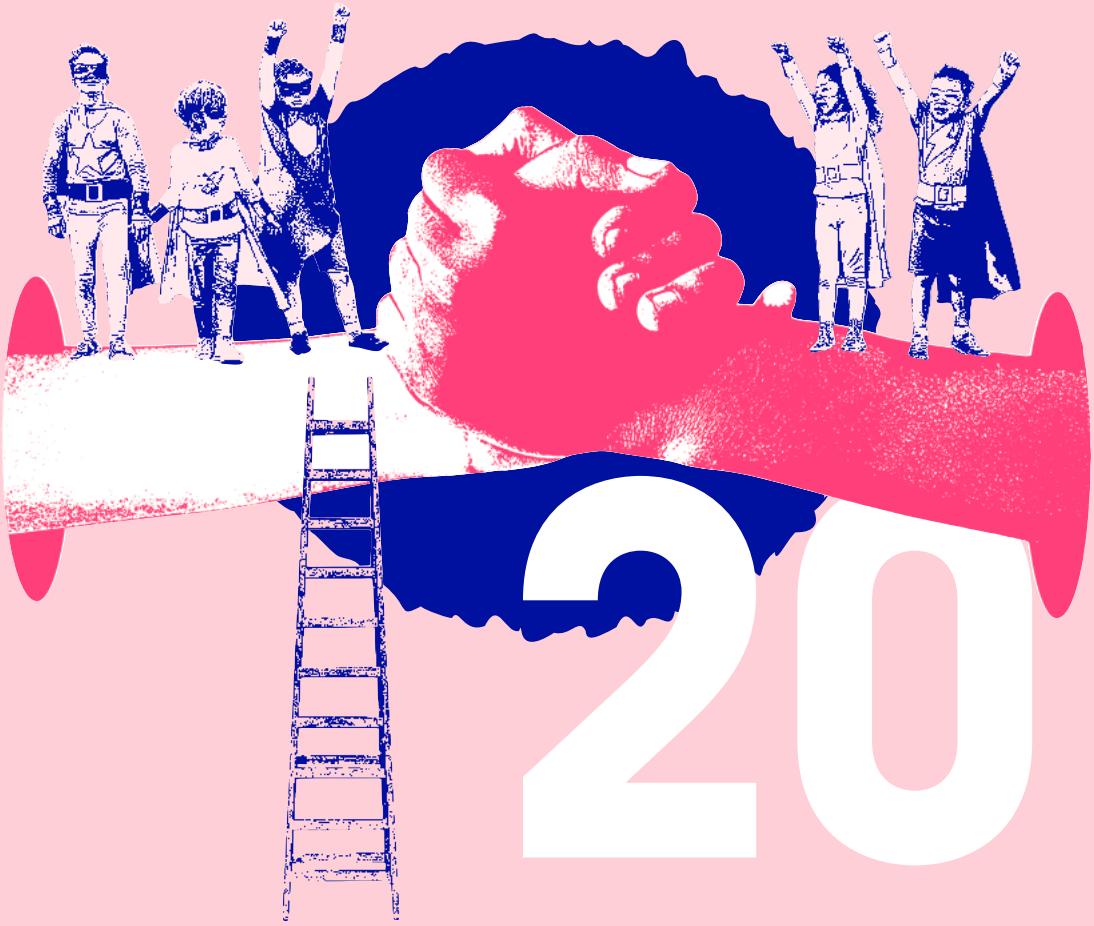
Die einhellige Positionierung von Politik und Verwaltung ist wichtig, denn sie macht deutlich: Beim Rechtsextremismus handelt es sich nicht um eine politische Position neben anderen. Unter Demokrat*innen mag es teils große politische Differenzen geben, aber Rechtsextreme bewegen sich außerhalb des gemeinsamen demokratischen Rahmens. Diese Botschaft kann dazu beitragen, einer Normalisierung und Anschlussfähigkeit der extremen Rechten entgegenzuwirken. Die Bereitschaft, gegen Rechtsextremismus als abstraktes Phänomen Stellung zu beziehen, ist bei Politik und Verwaltung mittlerweile oft gegeben. Geht es um den konkreten Umgang mit rechtsextremen Parteien, stoßen Verwaltung und damit auch Bürgermeister*innen jedoch häufig an Grenzen. Das hängt unter anderem mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz und dem Neutralitätsgebot zusammen. Diese werden zwar teils auch instrumentell ins Feld geführt, um Konflikten aus dem Weg zu gehen, aber grundsätzlich gilt: Aus rechtlichen Gründen können Kommunen nicht immer so agieren, wie Antifaschist*innen – und teilweise auch sie selbst – sich das wünschen würden.

Es ist deshalb wichtig, dass Kommunen die Möglichkeiten und Grenzen ihres Handelns öffentlich deutlich kommunizieren. Weiterhin sollten sie vorhandene Handlungsspielräume ausnutzen: Das kann bei rechtsextremen Kundgebungen beispielsweise bedeuten, durch das Erlassen und Durchsetzen versammlungsrechtlicher Auflagen die gewünschte Inszenierung zu stören oder bei Szeneimmobilien Nutzungszweck, Brandschutz, Jugendschutz und Co. streng zu kontrollieren. Hierbei kann die Rücksprache mit Städten und Gemeinden nützlich sein, die bereits mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert waren. Mindestens ebenso wichtig ist es, dass Kommunen zu einem Klima beitragen, in dem eine antifaschistische Zivilgesellschaft aktiv werden kann. Das bedeutet beispielsweise, über rechtsextreme Versammlungen zu informieren, so dass die Organisation von Gegenprotest möglich wird. In vielen Städten funktioniert dies gut, teilweise stellen sich die Verwaltungen jedoch auch quer, obwohl es rechtlich möglich ist. Darüber hinaus können die Kommunen als Versammlungsbehörden versuchen, im Vorfeld Einfluss auf die Polizeieinsätze

bei Kundgebungen und Demonstrationen zu nehmen: Gerade zur Hochzeit der verschwörungsideologischen Corona-Proteste waren etwa zeitweise zu wenig Polizeikräfte vor Ort, so dass der zahlenmäßig häufig deutlich unterlegene Gegenprotest und selbst eine journalistische Begleitung nicht sicher möglich waren. Jenseits des Protestgeschehens bietet es sich an, dass Ämter und Referate der Kommunen mit antifaschistischen Initiativen zusammenarbeiten. Gerade in Bezug auf die Erinnerungs- und Gedenkkultur funktioniert dies schon häufig, doch auch Kooperationen in Bereichen wie Bildung und Kultur wären gut denkbar. Grundlage für das Gelingen sind institutionalisierte Orte des Austausches zwischen Verwaltung und der antifaschistischen Zivilgesellschaft: Strukturen wie die mehrheitlich zivilgesellschaftlich besetzten Begleitausschüsse der Partnerschaften für Demokratie innerhalb des Bundesprogramms „Demokratie leben!" des Bundesfamilienministeriums sind ein gutes Modell hierfür (▶ 6). Wenn es vor Ort noch keine Partnerschaft für Demokratie gibt, können Stadt oder Landkreis über die in eurem Bündnis vertretenen Parteien angeregt werden, sich für das Förderprogramm zu bewerben. Falls dies nicht möglich ist, kann auch jenseits davon über regelmäßige Foren nachgedacht werden.

Die jeweiligen Handlungsmöglichkeiten von Kommunen und einer antifaschistischen Zivilgesellschaft vor Ort unterscheiden sich stark: Bestenfalls arbeiten diese jedoch nicht gegeneinander, sondern ergänzen sich produktiv. Das ist keine Absage an die Notwendigkeit einer starken antifaschistischen Bewegung, aber wenn es gut läuft, muss diese vielleicht doch nicht alles selber machen. ¶

SOLIDARITÄT STATT KONKURRENZ



Auch wenn sich das Gerücht zäh hält: Niemand wird rechtsextrem, nur weil er arm ist. Auf jede Person in ökonomischen Schwierigkeiten, die sich der extremen Rechten zuwendet, kommen um ein Vielfaches mehr Personen in einer ähnlichen Lage, die sich anders entscheiden. Rechtsextreme kommen zudem aus allen ökonomischen Schichten, einfache Automatismen gibt es also nicht. Trotzdem lohnt es sich, den Zusammenhang zwischen den ökonomischen Verhältnissen und der Herausbildung rechtsextremer Ideologie genauer zu betrachten. Denn Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus hängen durchaus auch mit der Wirtschaftsweise zusammen: Nicht ausschließlich oder zwangsläufig, aber eben doch systematisch.

Parolen wie „Hinter dem Faschismus steht das Kapital" tragen hierbei wenig zum Verständnis bei: Sie laden vielmehr zu personalisierenden Vereinfachungen ein und werden der Komplexität des zeitgenössischen Rechtsextremismus nicht gerecht. So gibt es heute etwa viele Konzerne und Unternehmensverbände, die vor Nationalismus und Abschottung warnen oder Rassismus verurteilen – schon deshalb, weil diese ihrem internationalen Geschäft schaden und das Anwerben von ausländischen Arbeitskräften erschweren. Zugleich finden sich jedoch auch weltweit Beispiele für die Unterstützung von rechtsextremen Bewegungen durch Unternehmen, die sich beispielsweise von Protektionismus oder einer gewerkschaftsfeindlichen Politik Vorteile versprechen. Kurz: Pauschalisierungen werden der Realität nicht gerecht, Parolen erklären nichts. Dies gilt umso mehr, als rechtsextreme Parteien in vielen Ländern auch unter Arbeiter*innen verstörend hohe Zustimmungswerte erfahren.

Um den Zusammenhang zwischen rechtsextremer Ideologie und der Wirtschaftsweise zu verstehen, muss das Prinzip der Konkurrenz in den Blick genommen werden. Es ist für die herrschende Gesellschaftsordnung konstitutiv: Arbeitnehmer*innen konkurrieren um Jobs und Aufstiegsmöglichkeiten, Unternehmen um Marktanteile und Gewinne. Entsprechende Verhaltensweisen sind nicht nur individuellen Entscheidungen geschuldet, vielmehr werden sie allen Akteuren vor dem Hintergrund der Gefahr ihres ökonomischen Scheiterns durch die gesellschaftlichen Verhältnisse nahegelegt. Die allgegenwärtige Konkurrenz und die damit verbundene Unsicherheit können dazu beitragen, rechte Ideologiefragmente schlüssig wirken zu lassen: Sind bezahlbare Wohnungen knapp, bedeuten weniger Flüchtlinge im Land vermeintlich eine geringere Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt. Solche Gedankengänge werden häufig mit explizit rassistischen Abwertungen verknüpft, denn: Wenn „die Anderen" als faul, dumm oder unzivilisiert dargestellt werden, kann eine Ungleichbehandlung leichter gerechtfertigt werden. Wenn sich ein Unternehmen in der Konkurrenz nicht

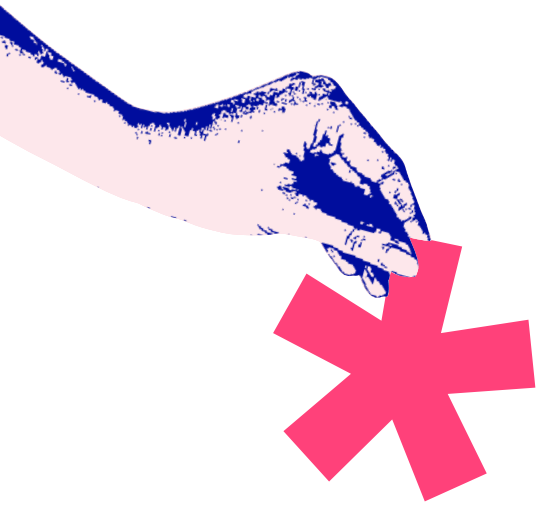
behaupten kann und zahlungsunfähig wird, treten immer wieder antisemitische Vorstellungen einer vermeintlich „jüdisch kontrollierten Bankenwelt“, die „ehrlichen deutschen Unternehmen“ schaden wolle, zutage. Sowohl den Verantwortlichen als auch den Beschäftigten erscheinen solche Erklärungsansätze teils einleuchtender, als die wirklichen Ursachen. Das gilt umso mehr, als es mit dem Verständnis der Funktionsweisen der Wirtschaftsordnung oft nicht weit her ist. Selbst die einfache Tatsache, dass Konkurrenz immer auch Verlierer*innen hervorbringen muss, wird meist verdrängt. Auch der Antifeminismus kann durch die Konkurrenz im Arbeitsleben gestärkt werden: Da Frauen mittlerweile zunehmend um die gleichen Arbeitsplätze konkurrieren, mögen für manche Männer antifeministische Forderungen, diese wieder „in ihre Schranken zu weisen“, attraktiv erscheinen. Überhaupt ist das Konzept der männlichen Vorherrschaft stark durch Vorstellungen von Konkurrenz statt Kooperation geprägt. Die Logik der Konkurrenz kann rassistische, antisemitische und antifeministische Vorstellungen also befördern.

Auch auf der psychischen Ebene wird der Zusammenhang zwischen der Wirtschaftsweise und rechtsextremen Ideologien immer wieder sichtbar. Hier muss kurz ausgeholt werden: Um in der Konkurrenzgesellschaft erfolgreich bestehen zu können, werden dem Individuum Selbstdisziplin, Leistungsbereitschaft, Durchsetzungsvermögen, Zuverlässigkeit, Verzicht, Pünktlichkeit, Flexibilität etc. abverlangt. Beim Prozess der Verinnerlichung dieser Eigenschaften wird einiges an Leid erzeugt – durch äußere Einflüsse ebenso, wie durch Selbstzurichtung. Die eigenen Bedürfnisse und Sehnsüchte, die mit den erforderlichen Eigenschaften in Konflikt geraten, müssen unterdrückt und abgespalten werden. Sie werden in der Folge häufig auf andere projiziert, an diesen verurteilt und ihnen zugleich geneidet: Schwarze werden beispielsweise bezichtigt, faul und triebhaft zu sein, Araber als aggressiv und patriarchal dargestellt. Juden wird nachgesagt, ohne Mühe Reichtümer anzuhäufen und quasi allmächtig zu sein. Frauen werden als irrational und schwach betrachtet usw. Die Aggressivität steigt dabei bisweilen mit dem selbst empfundenen, unverstandenen Leid. Die eigenen Regungen und Phantasien, die einem Funktionieren in der von Konkurrenz geprägten Gesellschaft entgegenstehen oder aus dem Leiden an selbiger resultieren, entladen sich also immer wieder in Ideologien wie Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus.

Die ökonomischen Verhältnisse können nicht mal eben nebenbei geändert werden. Selbst wenn dies möglich wäre: Die von Konkurrenz geprägte Gesellschaftsordnung hat tiefe Spuren im Fühlen, Denken, Verhalten und Handeln der Menschen hinterlassen. Wenn man rechtsextreme Ideologien nachhaltig zurückdrängen will, führt an einer kritischen Auseinandersetzung damit jedoch auch kein Weg vorbei. Neben einer theoretischen Beschäftigung heißt das vor allem, Alternativen zu entwickeln: Solidarität statt Konkurrenz darf dabei nicht nur eine Floskel sein, sondern muss im Privaten, dem Arbeitsleben und der Politik tatsächliche Praxis werden.

Denn nur konkrete, erfahrbare und anschlussfähige solidarisch-kollektive Beziehungsweisen werden genug Menschen ermutigen, sich zumindest teilweise der Konkurrenzlogik zu entziehen. Nötig ist dies nicht nur zur Zurückdrängung von Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus, sondern für eine demokratischere Gesellschaft, in der alle Zugang zu Rechten und Ressourcen haben, allgemein. ¶

IMPRESSUM



Hinweis zur Schreibweise

In der vorliegenden Publikation wird bewusst eine geschlechtergerechtere Schreibweise verwendet. Durch die Verwendung des *, beispielsweise bei Antifaschist*innen, soll die Unsichtbarkeit von Frauen in der deutschen Sprache sichtbar gemacht werden. Darüber hinaus soll der symbolische Zwischenraum all jenen Menschen Platz einräumen, die sich weder als männlich noch als weiblich definieren können oder wollen.

Da im Rechtsextremismus noch stärker als in der Gesamtgesellschaft von einer natürlichen Geschlechterbinarität ausgegangen wird, wird bei der Benennung von Szeneangehörigen auf diese Schreibweise verzichtet – sie würde hier mehr verschleiern als sichtbar machen. Stattdessen findet bei der Benennung von weiblichen und männlichen Szeneangehörigen das sogenannte Binnen-I Verwendung, etwa bei der Bezeichnung RassistInnen.

Herausgeberin

DGB Jugend Niederbayern
Martin Birkner (Jugendsekretär)
Nikolastraße 49
84034 Landshut

https://niederbayern.dgb.de
jugendsekretariat-niederbayern@dgb.de
0871 974 886
facebook.com/dgbjugendniederbayern
instagram.com/dgb_jugend_niederbayern/

Förderung

„Wir sind Straubing"
Partnerschaft für Demokratie
Soziales Rathaus
Amt 23.1 Integration und Partnerschaft für Demokratie
Roman Schaffner
Am Platzl 31
94315 Straubing

wir-sind-straubing.de
roman.schaffner@straubing.de
09421 94 470 130
facebook.com/wirsindstraubing
instagram.com/wirsindstraubing

Layout gegenfeuer.net

Druck justlandPLUS

Stand März 2023

Gefördert vom

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt die Herausgeberin die Verantwortung.

Mit den 20 Überlegungen zum Vorgehen gegen Rechtsextremismus wollen wir effektive Handlungsstrategien zugänglich machen und Reflexionsprozesse anregen. Wir denken, dass Neulinge davon ebenso profitieren können, wie langjährig Aktive. Unser Ziel ist die Stärkung einer aktiven antifaschistischen Zivilgesellschaft. Denn Antifaschismus gehört für uns als Gewerkschaften zur politischen DNA.